

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die abgepaarte Petit-
zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementsbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Zur Aussperrung in der Metallindustrie.

Am 10. Mai sollte nach den Berichten der politischen Tagespresse, welche den Metallindustriellen nahe stehen, mit den Aussperrungen größeren Stils begonnen werden, wenn bis dahin die ausgebrochenen Differenzen im Gießereigewerbe nicht beigelegt sein sollten.

Nach Ablauf dieses Termins ist von Aussperrungen größeren Stils bis dato noch nichts bekannt geworden. Die Arbeitgeberzeitung bringt nun in ihrer Nr. vom 13. Mai einen längeren Artikel in der Aussperrungsangelegenheit, worin sie in augenfällig, scheinbarer Weise die Nachricht von den großen Aussperrungen am 10. Mai, welche zuerst aus Dresden gemeldet wurde, als völlig aus der Luft gegriffen hinstellt. Am Schlusse ihres Artikels, in welchem sie die Deffentlichkeit über die Situation des Kampfes durch die Wiedergabe ihrer Artikel und deren aus der Metallarbeiterzeitung zu täuschen sucht, führt sie treffend aus:

„In demjenigen Teil der Tagespresse, welcher vor allem — Sensation bringen muß, will man sich nicht mit den Erklärungen in den offiziellen Organen der Parteien zufrieden geben, sondern sucht durch fleißige Reporter auf Hintertreppen weiteres in Erfahrung zu bringen, und verbreitet auch schlankweg aus der Luft gegriffene unwahre Mitteilungen, wie z. B. die von dem angeblichen Beschluß einer Generalausperrung zum 10. Mai.“

Es lohnt sich nicht, sich mit diesen Zeitungsrenten zu beschäftigen, wir begnügen uns damit, zu erklären, daß alle Befehlsnachrichten über die Streiks und die Aussperrungen in der Metallindustrie, welche sich mit Beschlüssen und Vorgängen im Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller beschäftigen und nicht in diesen Blättern erscheinen, als unwahr anzusehen sind.“

Welchen Wert diesen Auslassungen beizumessen ist und daß tatsächlich die in den Tageszeitungen verbreiteten Nachrichten über die weiteren Aussperrungen am 10. Mai, auf Wahrheit beruhen, geht aus dem Protokoll der Sitzung des Gesamtverbandes der Metallindustriellen vom 2. Mai hervor, welches vom Berliner Tageblatt der Deffentlichkeit unterbreitet wurde. Darin heißt es:

Der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Wienck, macht darauf aufmerksam, daß nach den Satzungen die Bezirksverbände durch Majoritätsbeschluß nicht gezwungen werden können, auszusperren. Der Vorsitzende empfiehlt daher im Namen des Vorstandes dem Ausschusse die Annahme eines Antrages, welcher auch mit dem Amendement: „die sich hierzu bereit erklären“ und in folgender Fassung die Zustimmung der Versammlung findet:

Der Anregung des hannoverschen Bezirksverbandes soll Folge gegeben und den angegriffenen Verbänden zunächst durch eine engere Gruppe von Bezirksverbänden Hilfe gebracht werden. Die engere Gruppe ist zu bilden aus Verbänden, die sich bereit erklären und deren Interessen es verlangen, daß die vom Bezirksverband Hannover aufgestellten Grundsätze, „daß eine Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen und die Festsetzung von Mindestlöhnen nicht erfolgen soll“, zur Durchführung gebracht werden.

Ferner stimmen die Delegierten der vertretenen Bezirksverbände — ausgenommen die des Arbeitgeberverbandes der Metallindustriellen des nordöstlichen Westfalens, der Fürstentümer Lippe und Schaumburg-Lippe und angrenzenden Gebiete und des Verbandes der Metallindustriellen Ost- und Westpreußens — unter Vorbehalt

nachträglicher Zustimmung seitens ihrer Bezirksverbände, mehrere auch unter dem Vorbehalte, daß die Mehrzahl der Bezirksverbände sich der Aussperrung anschließt und einzelne auch unter noch anderen Bedingungen, folgender Erklärung zu:

I. Die Bezirksverbände in Dresden, Hannover, Braunschweig, Breslau, deren Betriebe wegen Arbeiterstreitigkeiten ganz beziehungsweise teilweise stillliegen, verpflichten sich; 1. bis zum 5. Mai d. J. mindestens 80 Prozent der bei ihnen beschäftigten Arbeiter auszusperrn; 2. nur mit Arbeitern ihrer Betriebe, nicht aber mit Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln; 3. bei Vereinbarungen die Festsetzungen von Mindestlöhnen, zumal Tarifverträge, unbedingt abzulehnen; 4. auf keinen Fall Separatabmachungen durch Verbände oder einzelne Firmen einzugehen und den Betrieb nicht eher aufzunehmen, bis eine Einigung und Wiederaufnahme der Arbeit für sämtliche diesen Beschlüssen beitretenden Bezirksverbände und Betriebe sichergestellt sind.

Die Gesamtabmachung hat der Vorstand des Gesamtverbandes, welcher durch je einen Vertreter der bestrittenen Verbände zu verstärken ist, zu beschließen, eventuell hat der Ausschuß des Gesamtverbandes die Entscheidung zu treffen.

2. Die Bezirksverbände Anhalt, Baden-Pfalz Metallindustriellenverband Berlin, Metallschraubenfabrikanten Berlin, Metallwarenfabrikanten Berlin, Klempner Berlin, Brandenburg (Provinzialverband), Brandenburg a. S. (Lokalverband), Unterweser, Bremen, Chemnitz, Erfurt, Frankfurt a. M., Nieder-Schlesien, Gölitz Halle a. S., Hamburg, Kiel, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Ostfriesland, Emden Stettin verpflichten sich, unter der Voraussetzung, daß die Bedingungen unter I eingegangen und unter I, 1 auch erfüllt werden, vorläufig 30 Proz. der von ihnen beschäftigten Arbeiter — jedoch nur sozialdemokratischer Organisationen angehörige Arbeiter — auszusperrn, wenn eine Einigung zwischen den unter I aufgeführten Verbänden und ihren Arbeitern bis zum 10. Mai d. J. nicht zustande gekommen ist.

In diesem Falle ist den gegen Kündigung eingestellten betreffenden Arbeitern am 12. Mai zu kündigen, so daß dieselben mit den übrigen betroffenen Arbeitern am 26. Mai entlassen werden können. (Gesetzliche Kündigung.)

3. Der Bezirksverband Bayern verpflichtet sich unter Voraussetzung, daß die Abmachungen unter I und II erfüllt werden, und dadurch ein Erfolg nicht erzielt wird, ab 31. Mai ebenfalls vorläufig 30 Proz. der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu entlassen, wobei von der Entlassung ausgeschlossen bleiben sollen Mitglieder von Arbeiterverbänden, welche sich grundsätzlich als Gegner der Streikorganisationen bekannt haben, auch wenn deren Anzahl bei einem Werke 70 Proz. überschreiten sollte.

4. Die Verbände haben die unter Punkt I, II und III von ihnen geordneten schriftlichen Erklärungen umgehend spätestens bis zum 10. Mai bei dem Gesamtverband einzureichen.

Die Behauptungen der „Arbeitgeberzeitung“ sind also nach diesem Protokoll, daß sehr wohl authentisch sein wird, unwahr.

Ein weiterer Beweis für die Richtigkeit des Protokolls stellt ferner ein uns zugegangenes Zirkular des Bayerischen Metallindustriellen-Verbandes dar, welches folgenden Wortlaut hat:

„In den Bezirken Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau u. bestehen infolge der seitens der

sozialdemokratischen Gewerkschaften gestellten Forderungen Ausstände.“

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat zur Feststellung der Arbeitsbedingungen in seinen Bezirksverbänden eingehende Erhebungen über Löhne, Arbeitszeit, Akkordwesen u. angestellt und diese Erhebungen durch eine Kommission prüfen lassen. Die Kommission stellte fest, daß die Arbeitsbedingungen, insbesondere Löhne und Arbeitszeiten in den vom Streik betroffenen Verbänden berechtigten Anlaß zu den Ausständen nicht geben, daß die Ausstände vielmehr nur durch die Aufwerfung und Festhaltung von Nachfragen von den Führern aus agitatorischen Gründen nicht beendet werden.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller nimmt deshalb eine Hilfeleistung für die vom Ausstände betroffenen Verbände in Aussicht, falls nicht bis zu einem gewissen, noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt der Friede hergestellt ist. Die Hilfeleistung soll erfolgen durch die Aussperrung von Mitgliedern sozialdemokratischer Gewerkschaften und zwar deshalb, weil diese erwiesenermaßen nur Kampforganisationen sind, als welche sie sich in ihren Organen selbst bezeichnen.

Das Bekanntwerden dieser Ansicht gab den Führern der sozialdemokratischen Organisation Veranlassung zu den heftigsten Angriffen, zu absichtlichen Entstellungen und Verdächtigungen, unternommen lediglich zum Zweck, Unruhen unter die Arbeitererschaft zu tragen und sie dadurch zum Anschluß an die Organisation zu zwingen.

Unfrieden zu säen, Unruhen in jeden Betriebe um jeden Preis zu schaffen, das sind die Lebensbedingungen der sozialdemokratischen Organisation und deren Führer.

Wo Ruhe herrscht, haben die Führer sozialdemokr. Gewerkschaft ihre Bedeutung verloren; deshalb sorgen sie für dauernden Kampf; deshalb müssen die wichtigsten Vorwände zu großer Bedeutung aufgebaut werden; deshalb aber auch müssen die Bestrebungen dieser gewissenlosen Agitatoren aufs schärfste bekämpft werden.

An alle Arbeiter, die nicht der sozialdemokratischen Organisation angehören, auch an diejenigen, welche der ständigen Beunruhigung und Bevormundung durch deren Führer, sowie der großen Opfer, die ihnen zugemutet werden, müde sind, ergeht die Aufforderung, uns im Kampfe um die Ruhe zu unterstützen und damit zur friedlichen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beizutragen.

Allen, die uns in der Lösung dieser Aufgabe zur Seite stehen, sichern wir unsern weitgehendsten Schutz zu: wir werden Belästigungen, die von Seite der Kampfesorganisation ausgehen, auf keinen Fall dulden und alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um endlich wieder zu einem friedlichen Zusammenarbeiten zu gelangen.“

Verband Bayerischer Metallindustrieller.

Da die angedrohten Aussperrungen in den zunächst beteiligten Bezirken dennoch bis jetzt unterblieben sind, so tauchen die verschiedenartigsten Vermutungen auf. Wird der Arbeitgeberbund noch weiter eine abwartende Stellung einnehmen, hoffend, daß in den Streiforten bald eine Einigung erzielt wird, oder ist bis zum 10. Mai aus den einzelnen Bezirksverbänden eine Abgabe an die scharfmacherische Leitung des Verbandes erfolgt, wodurch die „Aussperrungen größeren Stils“ überhaupt in Frage gestellt sind? Berliner Blätter u. a. die Post, ztg. teilte am 11. Mai mit, daß vorab nicht 300,000 sondern nur 90,000 Arbeiter ausgesperrt werden sollten. Inzwischen wird aus Hannover gemeldet, daß dort die Metallindustriellen eingelenkt und mit den

Arbeiter die Abmachung getroffen hätten, eine sieben- gliedrige Kommission einzusetzen zwecks Einigungsver- handlungen. Diese Kommission dürfte weder Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen noch Beauf- tragte des sozialdem. Metallarbeiterverbandes an- gehören.

Haben sich somit in Hannover die Aussicht auf Beilegung gebessert, so kann dieses aus Breslau und Braunschweig nicht berichtet werden.

In einer Breslauer Versammlung der Strei- kenden und Ausgesperrten wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten nehmen von dem derzeit- igen Stande der Aussperrung Kenntnis und er- klären, daß für die streikenden Kollegen kein Grund vorliegt, die Arbeit bedingungs- los aufzunehmen. Die Streikenden und Aus- gesperrten, die ihre Friedensliebe bekundeten und Verhandlungen anboten, erklären, daß sie nach wie vor zu Verhandlungen bereit sind.“

Eine von 3000 Metallarbeitern besuchte Ver- sammlung in Braunschweig nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung erklärt nach Berichter- sattung der Kommission, daß die Arbeitgeber durch ihre Ablehnung jeder Lohnerhöhung eine Verständigung unmöglich gemacht haben, die Versammlung ist aber einverstanden, daß fer- ner versucht werde, die notwendige Einigung durch Verhandlungen herbeizuführen und beauftragt die Kommission, die Arbeitgeber zu ermahnen, schrift- lich mitzuteilen, in welcher Form sie die Wünsche der streikenden Arbeiter auf Lohnerhöhung zu erfüllen gedenken.“

Sonach läßt sich mit Bestimmtheit noch nichts endgültig sagen über die weitere Entwicklung des Kampfes.

Es wäre aber jedenfalls töricht, sich durch die abwartende Haltung des Gesamtverbandes der Me- tallindustriellen in Sorglosigkeit einschließen zu lassen. Wir müssen gerüstet dastehen, um allen Eventualitäten getrost ins Auge sehen zu können.

Daß die Scharfmacher im Gesamtverband von den weiteren Aussperrungen ohne Weiteres Abstand nehmen werden, dürfte ausgeschlossen sein. Wohl hat man vielleicht den Zeitpunkt für den entscheidenden Schlag noch etwas hinausgeschoben, weil die Gie- ßerei und Maschinenindustrie augenblicklich berant mit Aufträgen überlastet ist, daß sie den An- forderungen kaum gerecht werden können.

Das geht auch zur Genüge aus einem Artikel der „Eisen-Zeitung“ dem Berliner Organ für die Eisen- und Maschinenindustrie hervor, betitelt: „In zwölfter Stunde.“ In demselben wird die Ent- wicklung und die Lage des Kampfes geschildert und dabei u. a. ausgeführt:

„Der Gesamtverband hat Frist um Frist ge- währt. Er hat den Arbeitern wahrlich Zeit genug gelassen, um sich auf den rechten Weg zu be- finden. Wenn trotzdem die für Ende des Mo- nats angekündigte Generalausbreitung in

größerem oder geringerem Umfange zur Notwendig- keit wird, so kann der Gesamtverband mit gutem Gewissen behaupten, daß ihn auch nicht eine Spur von Verantwortung für dieses Vorgehen trifft.“

Selbstverständlich haben die Scharfmacher kein Wässerchen getrübt. Am Schlusse heißt es dann weiter:

„In entschlossener Energie wird es nicht fehlen, aber auch nicht an kühl abwägender Ruhe und Besonnenheit. Im Besitz dieser Eigen- schaften, kann der Gesamtverband der weiteren Entwicklung des Kampfes mit gutem Mute ent- gegensehen; die übermühtige Herausforderung des Metallarbeiterverbandes wird eine Zurückwei- sung erfahren, welche dieser, auf ihre Mit- gliederzahl und ihr Vermögen pochenden Organi- sation hoffentlich auf recht lange hinaus eine gute Lehre sein wird.“

Diese Auslassungen bestätigen also zur Genüge, daß es sich vorläufig nur um eine Hinausschiebung handeln kann, wie dies ja auch aus dem Zirkular der Bayerischen Metallindustriellen ersichtlich ist, wo von einem „gewissen noch festzusetzenden Termine“ für die Aussperrung geredet wird. Des- halb heißt es für uns: rüsten auf alle Fälle.

Am wenigsten imponiert und würde uns von der Rüstung abhalten, die Auslassungen der Me- tallindustriellenverbände, die sowohl in den Nach- richten der Tagespresse als auch in dem vorgebrach- ten Zirkular zum Ausdruck kommt, als handele es sich nur um Aussperrung sozialdemokratisch organi- sierter Arbeiter. Nein, nicht nur diese, sondern auch viele Mitglieder unseres Verbandes, wie in Hannover-Lin den, Braunschweig, Dres- den, Breslau, Deuben, Weissen, Berlin usw. sind mit ausgesperrt worden.

Ob die Scharfmacher etwa glauben, durch Maß- nahmen, als handele es sich nur um sozialdemokratisch organisierte Arbeiter, die Deffentlichkeit irre führen zu können. Dann dürften sie sich doch gewaltig täuschen.

Unsere Kollegen wollen aber aus dem Stadium des Kampfes die Lehre ziehen und unablässig, so- wohl in der Agitation als auch in der Betätigung zur Opferwilligkeit fleißig wirken.

Im Anschluß an vorstehenden Artikel geben wir einen Handelsbericht aus der „Kölnischen Ztg.“ vom 14. Mai wieder, über den äußerst starken Geschäfts- gang in den Eisengießereibetrieben. Daraus läßt sich wohl die Taktik des Arbeitgeberverbandes erklären, die da heißt: „Aufgeschoben ist nicht auf- gehoben.“

Der Bericht lautet: Das Allgemeingefühl liegt, dank der unge- schwächt lebhaften Bautätigkeit, nach wie vor recht günstig, wie der starre Beschäftigungsgrad der meisten Eisengießereien und die von diesen ge- forderten langen Lieferungsfristen beweisen. Überall deuten sichere Anzeichen eine erweiterte Tätigkeit im

Baufach an, sodaß bestimmt mit einer zunehmenden Ausdehnung des Verkehrs in Eisengießereien aller Art zu rechnen ist. Diese fortgesetzte Arbeitszu- nahme bestimmt denn auch die Eisengießer, ihr Augenmerk auf die Besserung der Verkaufspreise ihrer Fertigerzeugnisse zu richten. Die Preise werden durch- weg höher gehalten; sie bringen die gesteigerten Selbstkosten, die durch höhere Gießereipreise und Arbeitslöhne bedingt wurden, offen zum Ausdruck. Der gesteigerte und fortgesetzt zunehmende Bedarf, der recht deutlich eine längere Zeit hindurch beob- achtete Zurückhaltung im Einkaufsgeschäft erkennen läßt, erleichtert es den Eisengießereien wesentlich, ihre höhern Forderungen durchzusetzen.

Die von den mitteldeutschen und sächsischen Hö- reringgießereien jüngst beschlossene Erhöhung der Verkaufspreise für Kanalisations- und Leitungsröhre um 50 Pfg. für je 100 Klg. ist von den Käufern nach einigem Säubern anerkannt und bei allen neuern Abträgen schon in Kraft durchgesetzt worden. Für gußeiserne Gasröhren werden die Preise gleichfalls durchgehends um 50 Pfg. für die 100 Klg. höher gehalten, doch glaubt man mit Sicherheit, noch höhere Verkaufspreise schon in nächster Zeit durchsetzen zu können.

In den Baugießereien sind die Bestellun- gen auf Bauguß und Träger gleichfalls sehr reich- lich eingetroffen, sodaß auch hier höhere Verkaufs- preis durchgesetzt werden konnten. Man hatte sich zunächst mit einem Aufschlage von 5 Mark für die 1000 Klg. begnügt, doch hat sich diese Er- höhung mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Hoheisenmarktes als unzureichend herausgestellt, sodaß die leistungsfähigen Eisengießereien für Bau- eisen und gußeiserne Stützjähnen eine weitere Er- höhung eintreten lassen wollen; Verhandlungen sind bereits im Gange. Eine Erhöhung der Träger- preis dürfte den Eisengießereien mit Rücksicht auf das Vorgehen des Stahlwerkverbandes und der tat- sächlichen Knappheit in gußeisernen Bauträgern trägern wohl auch kaum schwer fallen.

Die Handelsgießereien berichten insge- samt über starke Beschäftigung; die Arbeitsaufträge aus dem Auslande, selbst aus den Handelsvertrags- staaten, für welche die neuen höheren Zölle Gültig- keit haben, sind in Zunahme begriffen. Lebhaft begehrt werden beschlagene Handelswaren, die teil- weise in solchem Umlange in Auftrag gegeben wor- den sind, daß Lieferfristen von vier Wochen und darüber keine Seltenheiten sind. Die Preise ha- ben eine Aufbesserung von 5 Proz. im Durchschnitt erfahren können. Diejenigen Handelsgießereien, die sich auf die Herstellung von Gußwaren für die chemische Industrie verlegen, sind angespannt be- schäftigt und berichten gleichfalls über steigende, durchweg auskömmliche Preise. Insbesondere ist dies der Fall bei Herstellung von emaillierten Sani- tätsutensilien; an diesen Verbrauchsgegenständen ist fühlbarer Mangel, so daß die von den Gießereien verlangten Preise im Interesse pünktlicher Liefe- rung schon angelegt werden müssen. Gut gefragt sind ferner rohe und emaillierte Porzellan, für die gleichfalls zufriedenstellende Preise die Regel ge- worden sind, da auch hier das Angebot der Nach- frage nur langsam genügen kann. Für rohe und emaillierte Gewichtartikel ist eine wesentliche Ab- sagsteigerung wahrnehmbar, die es mit sich brachte

Kollegen! gedenket der ausgesperrten Mitglieder unseres Verbandes!

Die Elektrizität in der Zukunft.

Die geheimnisvolle, unheimliche Kraft hat die Menschheit nicht nur in Erstaunen gesetzt, sondern noch manche Rätsel aufgegeben, die heute noch nicht gelöst sind.

Ungeheure Fortschritte sind damit bis jetzt schon erzielt worden. Allein die Tatsache: mittels des elek- trischen Stroms in wenigen Augenblicken eine Macht, die von einem Ende der Welt zum anderen zu bringen, würde noch vor 100 Jahren als ein Mär- chen aus Tausend und einer Nacht erschienen sein.

Aber nicht allein in der Uebermittlung von Nachrichten dient die Elektrizität, sondern auch zur Erzeugung ungeheurer Kraftleistung im Produk- tionsprozess und Verkehrsweisen. Der große Erfinder Edison in Amerika, steht aber die Hauptentwicklung der Elektrizitätskraft erst in der Zukunft.

Nach einer englischen Wochenschrift: „English Mechanic“ äußerte sich Edison über die Zukunft der Elektrizität dahin: daß die erste große Ver- änderung in der Erzeugung der Elektrizität darin bestehen wird, daß man die Zufuhr von Kohle für

diesen Zweck überhaupt beseitigt und fährt dann fort:

Anstatt den schwarzen Diamanten in gewich- tigen Massen aus der Erde zu holen, ihn auf Wa- gen oder Schiffe zu laden, ihn, sagen wir einmal, 1000 Kilometer weit zu verschleppen, ihn dann erst unter einen Kessel zu schütten, ihn dort zu ver- brennen und auf diese Weise die nötige Kraft zu erzeugen, werden später gleich am Ausgang der Kohlenbergwerke selbst Anlagen geschaffen werden, wo die Kraft erzeugt und dann einfach durch Lei- tungen von Kupferdrähten nach beliebiger Rich- tung und beliebig weit übertragen wird. Es ist wi- derstimmig, die Kohlenbergwerke selbst auf Räder zu setzen (!), es ist auch umständlich, kostspielig und durchaus nicht notwendig. Es ist jedenfalls leichter, molekulare Schwingungen in der Geschwindigkeit von Millionen von Wellen in einer Sekunde fortzupflan- zen, als Eisenbahnwagen mit toter Materie zu be- laden. Wir können 100 000 Pferdekraft leichter und billiger auf einem Draht verschleppen, als wenn wir dieselbe Energiemenge in Gestalt von Kohle auf einem Schienenweg oder auf einem Seefahrzeug transportierten. Ein Engländer erzählte mir vor einiger Zeit, daß er beabsichtige, an der Themse eine Kraftstation anzulegen, die Kohle auf Schiffe

herabzubringen und elektrische Kraft nach London zu verkaufen. Ich sagte ihm: wie närrisch! warum nicht einen Kupferdraht zwischen London und den Kohlenbergwerken ziehen und die Kraft dort ent- wickeln, wo die Kohle liegt? Wenn die Kraftstation in der geplanten Weise gebaut wird, so wird sie binnen fünfzehn Jahren veraltet sein. Wir müssen die Eisenbahn überhaupt ganz aus diesem Problem ausscheiden, denn was nützt sie dabei? Wir brauchen die Kohle überhaupt nicht und es ist gar nicht auf für uns, immer noch ihr hinzuschauen. Was wir allein brauchen, ist das Ergebnis, nämlich die höchste Energiemenge, die erzielt werden kann. Darin liegt durchaus kein Sinn, Millionen von Tonnen eines Rohmaterials wie Kohle um die Welt zu schleppen, wenn man ihr Produkt einfach durch eine Draht- leitung geliefert erhalten kann. Alles deutet darauf hin, daß in einer nahen Zukunft Elektrizität für allgemeinen Gebrauch in großen Krafthäusern an den Mündungen der Kohlenflüsse erzeugt werden wird, denn das ist die logische und gemeinnützigste Folgerung aus dem jetzigen Stand der Elektrizitäts- technik.“

Am zweiten Stelle hat sich Edison über die Frage selbst ausgesprochen, den bisherigen Verlust an Kraft zu ersparen, der dadurch entsteht, daß

daß die rheinisch-westfälischen, hannoverschen und süddeutschen Handelsgebiete die Preise für derartige Güterzeugnisse um 5 Prozent erhöhen konnten, vielfach konnte diese allgemein durchgesetzte Preiserhöhung noch überschritten werden. Die Ausfichten der Handelsgebiete beurteilt man allseitig recht günstig, da fernere Preissteigerungen durchaus wahrscheinlich sind. Die Klagen über Bruchschäden auf Eisenbahntransporten sind neuerdings erfreulicherweise weniger laut geworden.

Den Maschinengiebereien ist es gelungen, an dem bessern Ergehen der Maschinenbauanstalten regen Anteil zu nehmen; erheblich gebessert haben sich die Preise für die Gussklassen 1 (Zylinder- und Kolbenguß) und Gussklasse 5 (Koststäbe, Roste und dergl.), so daß auch hier von lohnenden Preisen gesprochen werden darf. Für Räder- und Zahnstangenguß stehen Preiserhöhungen in Aussicht, die einen Ausgleich zwischen den hohen Einstandskosten und den gegenwärtig unzureichenden Verkaufspreisen schaffen werden. Der Beschäftigungsstand der Maschinengiebereien wie der Maschinenbauanstalten überhaupt wird recht günstig beurteilt.

Arbeitgeberverbände.

In Nr. 32 bringt die „Soziale Praxis“ einen längeren Artikel über den „Arbeitgeberverband Magdeburg“, aus dem der Zweck dieser Organisation, Ziel und Arbeitsmethode ersichtlich ist. Da die Arbeitgeberverbände insgesamt auf dieser Grundlage errichtet sein dürften, bringen wir den Artikel zum Abdruck zum Ruh und Frommen unserer Mitglieder als auch der bisher indifferenten Kollegen. Der Verein umfaßt den Bezirk der Stadt Magdeburg. Er schließt sich der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände an. Sein Zweck ist:

1. friedliche und freundliche Beziehungen zwischen den Vereinsmitgliedern und ihren Arbeitern herbeizuführen und zu bewahren;
2. unberechtigte Anforderungen der Arbeitnehmer gegen ihre Arbeitgeber zurückzuweisen und den Vereinsmitgliedern bei den infolge dieser Zurückweisung etwa entstehenden Arbeiterbewegungen Unterstützung und Schutz zu gewähren;
3. Arbeitswillige gegen Aufständungen zu schützen;
4. gegebenenfalls einen Arbeitsnachweis einzurichten und zu unterhalten;
5. auf die Einführung der Streiklausel in den Verträgen der Vereinsmitglieder hinzuwirken;
6. den Rechtsschutz der Vereinsmitglieder in Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung zu übernehmen.

Mitglied des Vereins kann jeder Gewerbetreibende sowie jede juristische Person oder Personengesellschaft werden, sofern die Firma ins Handelsregister eingetragen ist und mindestens zehn Arbeiter beschäftigt; ausnahmsweise können auch Gewerbetreibende mit geringerer Arbeiterzahl aufgenommen werden. Der Austritt, der sonst jederzeit nach sechsmonatlicher Kündigung freisteht, darf im Falle eines Streiks bei einem Mitglied erst 14 Tage nach Beendigung der Unterstützungsaktion des Vereins erfolgen. Jedes Mitglied muß sich durch einen Schein

verpflichten, den Satzungen und den an ihn ergehenden Erlassen des Vorstandes Folge zu leisten, und auf Wunsch zur Sicherung dieser Verpflichtung einen auf mindestens 300 Mk. lautenden Solawechsel mit 10jähriger Gültigkeit zu hinterlegen. Der Aufsatz des Vereins zählt 12 Mitglieder, von denen 9 bestimmten Industrien angehören müssen. Der Jahresbeitrag beträgt 1 pro Mille der Löhne und Gehälter, mindestens aber 10 Mk.; nach seiner Höhe richtet sich die Stimmzahl des Mitgliedes in der Hauptversammlung, die bis zu 15 Stimmen gehen kann.

Jedes Mitglied muß von jedem bei ihm ausgebrochenen Ausstand dem Vorstand unverzüglich Kenntnis geben. Die übrigen Vereinsmitglieder sind verpflichtet, die ausständigen Arbeiter vorläufig nicht in ihre Betriebe aufzunehmen. Der Vorstand ermittelt dann, ob ein Ausstand vorliegt; hält er die Arbeiterforderungen für ganz oder teilweise berechtigt, so wird er dem Mitglied seinen Rat erteilen. Lehnt das Mitglied diesen Rat ab, so verzichtet es auf den Schutz des Vereins; in besonderen Fällen kann das Mitglied auch aus dem Verein ausgeschlossen werden. Wird aber der Ausstand als unberechtigt anerkannt, so tritt der Schutz des Vereins in Kraft und die Mitglieder dürfen endgültig die streikenden Arbeiter nicht in ihre Betriebe aufnehmen. Bei einer Aussperrung soll sich das Mitglied mit dem Vorstand verständigen. Bei einem Boykott wird finanzielle und sonstige Unterstützung gewährt, auch hier kann der Vorstand die Sachlage prüfen und seinen Rat erteilen. Zur Entgegennahme von Ausständen und zu Verhandlungen kann eine Kommission eingesetzt werden; auf ihren Antrag beschließt der Vorstand über die Gewährung des Vereinsbeitrages. Verhandlungen mit den Arbeitern dürfen nur mit Zustimmung der Mitglieder von der Kommission oder dem Vorstande eingeleitet werden. Mitglieder, die in ihrem Betriebe durch ungerechtfertigten Ausstand oder Boykott oder Aussperrung behindert sind, erhalten eine Unterstützung aus Vereinsmitteln; eines Antrages bedarf es nicht. Der Vorstand wird sich bemühen, besondere Vereinbarungen unter den einzelnen Gewerbegruppen über ein einheitliches und gleichmäßiges Vorgehen bei Arbeiterbewegungen herbeizuführen. Der Schutz der Arbeitswilligen soll mit allen dazu dienlichen Mitteln erreicht werden. Die Mitglieder sind verpflichtet, Arbeitswillige, die ihnen während einer Arbeiterbewegung durch den Vereins-Arbeitsnachweis zugewiesen sind, während dieser Bewegung nicht ohne Zustimmung des Vorstandes zu entlassen. Ein Mitglied, das seine Verpflichtungserklärung bricht, wird ausgeschlossen; einem Mitglied das seine Verpflichtungen nicht erfüllt, kann der Wechsel zur Einlösung präsentiert und erforderlichenfalls eingeklagt werden.

Zu diesen Satzungen treten dann noch besondere Verhaltensvorschriften: „Um ein gleichmäßiges Vorgehen in Arbeiterangelegenheiten zu erzielen und die Nachbarbetriebe nicht zu beunruhigen,“ ist es Pflicht der Mitglieder, prinzipiell Änderungen an den bisherigen Arbeitsbedingungen und der bisherige

Arbeitszeit nicht vorzunehmen, ohne sich mit dem Vorstand oder ihrer Branchengruppe ins Einvernehmen zu setzen. „Sobald ein Mitglied eine Streitigkeit mit seinen Arbeitern dem Vorstandsvorstand mitteilt, übernimmt dieser die Leitung der Angelegenheiten und das Mitglied hat sich von da ab aller vom Vorstand nicht gebilligten Schritte zu enthalten.“ Das Mitglied verpflichtet sich, niemals mit betriebsfremden Arbeiterführern zu verhandeln, sondern nur mit Vertretern der eigenen Arbeiter. Ohne Zustimmung des Vorstandes sind keinerlei Zugeständnisse an die Streikenden zu machen; das Mitglied muß sich darauf beschränken, etwaige Vorschläge der Arbeiter dem Vorstande mitzuteilen. Die Vermittlung der Behörden, der Gewerbegerichte, der Fabrikinspektoren ist mit dem Hinweis abzulehnen, daß dies Aufgabe des Vereins ist. Alle Mitteilungen über den Streit an Behörden, Zeitungen usw. sind dem Vorstand zu überlassen. Sämtliche Verbandsmitglieder sind verpflichtet, die während eines Streiks vom Vorstand getroffenen Anordnungen zu befolgen.

Dies im wesentlichen die Satzungen und Vorschriften des Arbeitgeberverbandes Magdeburg. Und interessiert hieron besonders Eins: Das ist die weitgehende, bis zur völligen Abdikation reichende Verzichtleistung der einzelnen Mitglieder des Verbandes, auf das Recht der Selbstbestimmung und der eigenen Aktion sowohl während einer Lohnbewegung wie sogar im ordnungsmäßigen Lauf des Betriebes. Dieselben Arbeitgeber, die das Prinzip vom „Herrn im Hause“ mit aller Schärfe gegen die Arbeiter hervorheben, unterwerfen sich der Diktatur eines Verbandsvorstandes und dieser, der für sich und seinen Verband die größte Autorität fordert, verweigert die Anerkennung ebenso der Arbeiterorganisation wie der Vermittlungsaktion von Reichs- und Staatsbehörden.

Arbeiter merken auch das. Angesichts dieser straffen Organisation der Arbeitgeber bleibt dem Arbeiter keine andere Wahl, als ebenfalls eine starke wirtschaftliche Macht zu bilden durch Beitritt in den Verband.

Die Ergebnisse der Gewerbeaufsicht in Preußen 1905.

Nach dem nun vorliegenden Bericht für das Jahr 1905 hat das Wiederanstreben unserer Industrie im vergangenen Jahre weitere Fortschritte gemacht zwar lauten die Einzelberichte aus den 31 Aufsichtsbezirken verschieden, aber durchweg ist doch das Urteil ein günstiges.

Am zurückhaltendsten sprechen sich noch die östlichen Bezirke aus. Die gesteigerten Aufträge machten ihre Wirkungen in erster Linie geltend auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter, und der Betriebe. Im Vergleich zum Jahre 1904 hat die Zahl der letzteren um 5243 zugenommen und die Zahl der Arbeiter um 133 980. Es wurden im letzten Berichtsjahre in 129 823 Fabriken oder diesen gleichgestellten Anlagen insgesamt 2 838 925 Arbeiter gezählt,

man durch die Kohle erst Wasser erhitzt und Dampf erzeugt und Maschinen treiben läßt, um durch diese erst die Elektrizität zu erhalten, anstatt Elektrizität unmittelbar aus der Kohle zu schöpfen. In dieser Hinsicht teilt Edison folgendes mit: Ich habe Kohle und Chlorsilber zusammen verbrannt und auf diese Weise Elektrizität direkt erzeugt, aber das war nur ein wissenschaftlicher Erfolg. Es würde zu kostspielig sein, auf diesem Wege Kraft zu erzeugen, und die Verhältnisse würden es nicht gestatten, wirtschaftliche Unternehmungen auf dieser Grundlage zu schaffen und zu unterhalten. Aber es gibt noch andere Mittel: die Elektrizität durch einen unmittelbaren Vorgang zu erhalten. Das ist nämlich zu erreichen, indem man Wärme auf die Verbindungsstellen von gewissen Metallen, z. B. Wismut und Antimon wirken läßt (das bekannte Gesetz der sogenannten Thermo-Elektrizität). Im letzten Sommer haben wir hier ein kleines Experiment ausgeführt und erhielten durch die Wärme einer kleinen Bunsenlampe auf diese hinreichende Kraft, um einen elektrischen Ventilator zu treiben. Immerhin haben es alle Entdeckungen bisher verkehrt, das Geheimnis zu lösen, nach dessen Enttarnung wir hinstreben. Wir brauchen ein einfaches und nicht kostspieliges Verfahren, das etwa 25 Prozent der jetzt verloren gehenden, verschwendeten Kraft spart. Dies Verfahren wird kommen, dessen bin ich gewiß. Es sind etwa 30 000 Ge-

lehrte in der Welt an der Arbeit, die dauernd graben, prüfen und analysieren. Was die Welt nötig hat, sind weniger Tatsachen als richtige Zusammenfassungen und Schlüsse. Wir brauchen Leute, die die Tatsachen richtig vereinigen, sie miteinander vergleichen und daraus die leitenden Gesetze herausarbeiten. Wir brauchen solche Leute, wie den großartigen russischen Chemiker Mendelejew, den Begründer des periodischen Systems, der Elemente, der durch richtige Zusammenstellung der Tatsachen imstande gewesen ist, das Vorhandensein von drei damals unbekanntem Metallen vorauszusagen, die mittlerweile wirklich gefunden worden sind, und nicht nur ihr Vorhandensein, sondern auch all ihre Eigenschaften, ihr Atomgewicht, ihren Bau, ihren Schmelzpunkt und die von ihnen gebildeten Salze und andere Verbindungen. Eines Tages wird die große Entdeckung gemacht sein. Ein Mann entdeckt in einem Teil der Welt eine Tatsache, und das veranlaßt einen Gewissen in einem anderen Teil der Welt an einer andern Tatsache zu arbeiten, und heute arbeitet eine ganze Anzahl von Leuten ohne Zweifel schon auf dem richtigen Wege, und eines Tages wird dann der Welt verkündet werden, daß elektrische Kraft direkt aus Kohle gewonnen werden könne. Es ist töricht, zu glauben, daß wir alle tot sein werden, wenn das geschieht, vielmehr glaube ich, daß ich diesen großen Zeitpunkt noch erleben werde, denn er liegt schon in der Luft. Wir be-

finden uns ganz eigentlich an der Schwelle einer neuen wunderbaren Ära. Wenn diese Entdeckung gemacht sein wird, so wird die Dampfmaschine ganz außer Gebrauch gesetzt werden. Dann wird es auch möglich sein, Luftschiffe zu benutzen. Ich erwarte, daß ich noch vor meinem Tode leuchtende Luftschiffe zu sehen bekommen werde, die für allgemeinen Gebrauch ihre Fahrten unternehmen. Ich glaube nicht, daß sie sehr hoch fliegen werden, aber sie werden imstande sein, sich in einer Höhe zu halten, die etwas die der höchsten Bäume und Häuser übertrifft. Eine solche Entdeckung wird es auch ermöglichen, Schiffe über See durch Elektrizität mit einer Geschwindigkeit von 70-80 Kilometern in der Stunde, also mit der durchschnittlichen Schnelligkeit unserer heutigen Gildzüge zu betreiben, sodaß die Fahrt über den atlantischen Ozean von Küste zu Küste nicht mehr länger als drei Tage dauern wird. Ueberhaupt wird die Kraft dann so billig und so leicht zu verketteln sein, daß eine Unzahl neuer Industrien aufblühen wird, die jetzt allein wegen der Kosten der Arbeitskraft undenkbar wären.“ An diesen Gedanken Edisons wird man weniger das zu kritisieren finden, daß ihr Inhalt unwahrscheinlich ist, als daß er die Verwirklichung der großen Zukunft der Elektrizität schon in so kurzer Zeit vorausgesagt. In der von ihm in genialen Strichen vorgezeichneten Richtung wird diese Entwicklung höchstwahrscheinlich fort-

darunter 2134 960 (plus 99 980) erwachsene männliche Arbeiter, 509 962 (plus 22 224) Arbeiterinnen. 201 691 (plus 11 954) jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren und 23252 (— 78 Kinder). Demnach sind sämtliche Arbeiterkategorien der Zahl nach gestiegen, im Durchschnitt um 5 Prozent. In weiblichen Kräfte, namentlich geschulten, macht sich für eine ganze Reihe von Aufsichtsbezirken, so für Berlin, Düsseldorf, Frankfurt a. D., Münster, Kassel, u. a. mehr, ein beträchtlicher Mangel geltend. In einzelnen Bezirken, so in Berlin, wird dieser Mangel an weiblichen Arbeitskräften auf das Nachwachsen der Warenhäuser mit ihrem starken Bedarf an namentlich jüngeren Arbeiterinnen zurückgeführt.

Beider läßt sich nicht sagen, daß die Besserung der allgemeinen Lage unserer Industrie in gleichem Maße eine Besserung der Lage unserer Industriearbeiter bedeutet. Wohl haben die Löhne durchweg eine „steigende Tendenz“ gezeigt, die sich in einzelnen Bezirken und Industriezweigen zu Lohnsteigerungen bis zu 10 Prozent erhob; gleichzeitig aber hat in allen Bezirken ohne Ausnahme die Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich der Fleischpreise, die Lohnsteigerung überkompensiert. Die Klage darüber ist allen Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten eigen. In einzelnen Bezirken (so in Danzig und Biegnitz) wurden in Anbetracht der Verhältnisse den Arbeitern Teuerungszulagen gewährt.

Besondere Beachtung hatten die Gewerbeaufsichtsbeamten im vergangenen Jahre der Durchführung des im Jahre 1904 in Kraft getretenen Kinderbeschutzgesetzes und den Arbeiterausschüssen zu widmen. Was das Kinderbeschutzgesetz anbelangt, so stimmten fast alle Urteile darin überein, daß die volle Durchführung des Gesetzes außerordentlich schwierig ist und noch längere Zeit erfordern wird. Ohne eine verständnisvolle Mitwirkung der Schule, das ist die allgemeine Ansicht der Gewerbeaufsichtsbeamten, ist an eine ersprießliche Anwendung des Gesetzes nicht zu denken. In einigen Bezirken (so namentlich im Bezirk Minden) ist man daher bereits zur praktischen Verwertung der Mitarbeit der Schule geschritten.

Was die Arbeiterausschüsse anbelangt, so lauten die Mitteilungen der Gewerbeinspektoren darüber, sowohl hinsichtlich der Zahl und der Wirksamkeit der Ausschüsse, wie hinsichtlich der Stellungnahme der Arbeitgeber und der Arbeiter zu ihnen in allgemeinen, wenig erfreulich. Wenn auch die Verbreitung der Ausschüsse in den einzelnen Aufsichtsbezirken sehr verschieden ist, so stellen doch sämtliche Berichte ohne Ausnahme das geringe Vorkommen von Arbeiterausschüssen in unserer Industrie fest. Die meisten Ausschüsse führen zudem dort, wo sie vorhanden sind, nur eine Scheineristenz, und ihre Wirksamkeit ist ohne tiefere Bedeutung. Der Grund dafür ist nach den Angaben der Gewerbeinspektoren zweifellos in dem geringen Interesse der Arbeiter an solchen Ausschüssen zu suchen.

Die Bestrebungen zur Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit sind in manchen Bezirken auch im Berichtsjahre von Erfolg begleitet gewesen. Vor allem in der Textilindustrie, wo sich der allgemeine Jehnstundentag mehr und mehr einbürgert. Der Umstand, daß auch in den Betrieben des Bergbaues und der Gußstahlfabrikation trotz des stottern Geschäftsanges eine Reduzierung der Arbeitszeit eintrat, gilt dem Bericht für Arnberg als ein Beweis dafür, daß von einer angemessenen Verkürzung der Arbeitszeit keine wesentliche Produktionsverminderung zu befürchten ist. In Arbeitseinstellungen und Aussparungen hat das Jahr 1905 höhere Ziffern gebracht, als das Vorjahr. Leider sind auch die Unfälle durchweg wesentlich gestiegen, auch die schweren und die tödlichen. Die Berichte geben als Ursache hierfür vielfach Unachtsamkeit und Gleichgültigkeit der Arbeiter an. Die Gleichgültigkeit der Arbeiter hemmt auch in gewissem Grade den Fortschritt der sanitären Maßnahmen zugunsten der Arbeiter, die dank der zunehmenden Einsicht der Arbeitgeber auch im Berichtsjahre eine erfreuliche Erweiterung erfahren. (Anmerkung der Redaktion: Weniger die Leichtsinngigkeit der Arbeiter als das Hasten und Treiben in der Arbeitszeit ist die Ursache der vielen Unfälle. Auch die sanitären Einrichtungen werden vielfach erst dann geschaffen, wenn die Arbeiter vorstellig werden oder sich an den Gewerbeinspektor wenden.) Erfreulicherweise gewinnt die Einrichtung von Urlauben unter Fortbezahlung des Lohnes an Ausdehnung.

In ein neues Stadium ist der Kampf gegen den christlich-sozialen Metallarbeiterverband im hiesigen Bezirk eingetreten. 60 Mitglieder wurden am 8. und 9. Mai auf der Burbacher Hütte für den 1. Juni gekündigt wegen Zugehörigkeit zur christlichen Organisation.

Seitdem die Arbeiter sich aufgerafft haben und endlich nach jahrzehnte langer Untertänigkeit im Saarrevier als Arbeiter ihre Rechte beanspruchen, ruhen die Wächter des Kapitals nicht, im Kampfe gegen dieselben. Zuerst wurden die Kollegen verwarnt, nach alter Gewohnheit; dann folgte ein Koalitionsverbot durch Foranschlag, unterzeichnet vom Generaldirektor Weisharf. Um die Arbeiter von den Versammlungen des Verbandes fernzuhalten, wurden die Säle abgetrieben, alle besonders „Wilden“ verbannt, die Leitung des Werkes in eine Hüttenversammlung und erhob Protest gegen die „Unbotmäßigen“.

Aber, o Schrecken! zusehends wuchs der christliche Metallarbeiterverband. Durch Gründung eines Hüttenvereins, der im Gefolge nach einem Volksbildungsverein brachte, sollten die Gewerkschaftler auf eine andere Bahn gebracht werden. Die Pflanzideale Ziele jeder Art sollte dort gefördert werden und organisierte Arbeiter sind ausgeschlossen. Alle diese Mittel halfen nicht, die Kollegen hatten erkannt, daß ihr wahrer Freund der christlich-soziale Metallarbeiterverband ist. Um aber den Strauß der Gewerkschaft gegen die christliche Organisation zu schlichten, ließ der Direktor Dr. Wagner die Mitglieder zu sich kommen, ließ sich „freiwillig“ die Mitgliedsbücher geben und verwarnete sie vor der Organisation. Die schönste Rolle blieb aber den Meistern des Werkes vorbehalten.

Die Situation schien diesen Herren günstig. — Durch Handlangerdienste gegen den christlichen Metallarbeiterverband machten sie sich bei der Hüttenleitung besonders verdient. Neugierig, wie wir einmal sind, gestatteten wir uns die Frage aufzuwerfen, ob der ihrerseits geäußerte Wunsch auf Abänderung ihrer „Uniform“ und eine Lohnsteigerung — die bereitwillig erfüllt wurde, der Lohn für ihre Leistungen sind. Jetzt zeigen sie sich in ihrer ganzen Größe der „Leistungslosigkeit“.

Am Samstag, den 5. Mai und Montag, den 7. Mai fanden sie sich vor dem einzigen uns zur Verfügung stehenden Versammlungsort ein, bewaffnet mit Eisenstöcken, um die Mitglieder zu beeinflussen und aus der Versammlung zurückzuhalten.

Nur dem Anstand und der Disziplin unserer Kollegen ist es zuzuschreiben, daß sie mit diesen „Hütern“ der Hütte nicht handgemein geworden sind. Diese Provokation durch die Knüppelgarde, sowie die vorhergegangenen Maßnahmen hatten eine berechtigter Erregung hervorgerufen. Die Kündigungen von 60 Mitgliedern, welche ebenfalls wie die übrigen Gemäßigten durch schwarze Listen im Saarrevier ausgeperret werden sollen von den Werken, schlug dem Fuß den Boden aus. Trotz alledem verhielten sich und verhalten sich unsere Kollegen auch fernerhin ruhig und besonnen, oder doch fest entschlossen, ihren Rechte zu wahren auf gezieltem Wege.

Den Scharfmachern, an der Spitze Handelskammerpräsident Dr. Tille, ist dieses gerade unangenehm. Durch tendenziöse Nachrichten in der Presse werden der christliche Metallarbeiterverband und sein Sekretär herabgewürdigt. In der Nacht zum 9. Mai wurden von roher Hand dem Direktor Baumann in seiner Wohnung die Fenster Scheiben eingeworfen. — Kein anderer konnte dieses nach Ansicht des Herrn Dr. Tille verschuldet haben, als der christliche Verband und sein Beamter. Verdrängung, Maßregelung, Abtreiben der Säle, Beeinflussen der Arbeiter usw., alles dieses nur um das verbriefteste Recht der Organisation zu hintertreiben.

Dieses war selbst den Kreisen um Dr. Tille zu bunt. Alle rechtsdenkende Menschen schüttelten ihn ganz entschieden ab. Zum Ausdruck kommt dieses so recht in der liberalen „Saarbrücker Zeitung“, einem Blatte, welches nicht in dem Geruche steht, „Gewerkschaftspropaganda“ zu sein.

Dieses Blatt äußert sich zu dem Vorkommnisse der letzten Zeit, namentlich zu dem Artikel Dr. Tille in einem Artikel vom 10. Mai folgendermaßen:

Die „Südwestdeutsche Wirtschafts-Korrespondenz“, ein unter der Leitung des Herrn Handelskammerpräsidenten Dr. Tille erscheinendes Blatt bringt aus Malsatt-Burbach unter der Spitzmarke „Die Vorhut der Sozialdemokratie und der nächsten Ueberfall“ einen Artikel, der lebhaften Wider-

spruch herausfordert. Erzählt wird in der Notiz, daß in der Nacht zum 9. Mai dem Direktor Baumann von der Hütte die Fenster mit kopfgroßen Schladensteinen eingeworfen seien. Mit uns wird diese Tat eines unbesonnenen Hühners jeder ohne Unterschied der Parteistellung bedauern. Doch mehr wird man aber auch überall die ungerechtfertigten und bitter ungerechten Schlussfolgerungen bedauern, zu denen der Artikel in mehr als durchsichtigen Vorwürfen gelangt. Die christliche Gewerkschaft wird für die hohe Tat direkt verantwortlich gemacht, ohne daß man auch nur einen Schein des Beweises hierfür hat. Schlußweg wird dann auch der christlichen Gewerkschaft vorgeworfen, sie sei zu dem Zwecke gegründet worden, um die Hüttenleute gegen die Leitung aufzuheben. Eine solche Beschuldigung ist stark und zugleich bedauerlich, denn sie widerspricht den Tatsachen. Es ist das gute Recht der Arbeiter sich zu koalieren und es wird nicht mehr bloß auf dem Papier zu finden sein, es wird in die Tat umgesetzt werden. Niemand wird dies verhindern können. Den Schaden wird nur tragen, wer mit aller Gewalt dagegen arbeitet. Was hat die Burbacher Hütte mit der Maßregelung ihrer Arbeiter denn erreicht? Verbitterung unter der Arbeitererschaft ist das einzige, was sie mit ihrem schroffen Vorgehen erzielt hat. Und diese Verbitterung ist nur zu natürlich, wenn Arbeiter, die 20 Jahre und länger treu ihre Pflicht erfüllten und nur deshalb entlassen werden, weil sie von dem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch machen. Gewiss, die Hütte hat das formelle Recht auf ihrer Seite, sie kann entlassen und niemand kann sie zwingen Arbeiter zu bescholten, mit denen sie ein weiteres Arbeitsverhältnis nicht mehr wünscht. Aber das sittliche Recht, jemand wegen seiner Gesinnung vor die Türe zu setzen, kann man ihr streitig machen. Und dazu die Beschimpfung der christlichen Gewerksvereine durch Verdächtigungen unschöner Art! Die Quittung wird nicht ausbleiben, die Zeiten sind längst vorbei, in denen man stillschweigend Vorwürfe ungerechter Art ruhig einsteckte. Weiter heißt es in dem Artikel: die Hütte habe ein großes Fest für den 24. Juni geplant, für das eine erhebliche Stiftung zugunsten der Hüttenleute vorgesehen war. „Sie hat“ so heißt es wörtlich, „das Fest abgefragt und die geplante Stiftung sollen lassen.“ Warum? War das alles nur eine Brämie auf politisches Wohlverhalten, oder wollte man, wie wir bisher glaubten, dem Fleiß und der treuen Arbeit eine Anerkennung zollen? Auch will man sich überlegen, ob die jährlichen Gratifikationen im Betrage bis zu 150 000 Mk. diesmal zur Auszahlung kommen sollen. Allzu scharf macht sich hartnäckig. Die Zukunft wird lehren, daß die Hütte schlecht beraten war. Wir erkennen gerne an, daß die Burbacher Hütte Mustergültiges geleistet hat in Wohlfahrtseinrichtungen jeder Art, in Invalidenversorgung, Witwen- und Waisen-Pensionen. In allen diesen Dingen erkennen wir dankbar an, was geschehen ist und was noch heute getan wird. Aber den Arbeitern die Zugehörigkeit zu einer christlichen Gewerkschaft „mit weiteren Einschränkungen der Leistungen der Hütte“ zu beantworten, die Gewerkschaften ungerecht verdächtigen, die Arbeiter, die ihnen angehören, rücksichtslos entfernen, das heißt den Sozialdemokraten den Boden bestellen, das darf man, wie die „Südwestdeutsche Wirtschafts-Korrespondenz“ so gewißmachend sagt, die „Vorhut der Sozialdemokratie“ nennen.

Das sind bittere Wahrheiten, die sich die Leitung der Burbacherhütte und erst recht Dr. Tille sogar von einem liberalen Blatte sagen lassen muß. Die Frucht wird nicht ausbleiben. Die Betriebsleitung dürfte sich doch ganz entschieden käuflich, wenn sie glaubt, durch ihr rigoroses Vorgehen die Arbeiter einschüchtern zu können. Wenn sie die Sache auf die Spitze treibt, dann wird der Kampf nicht ausbleiben. Die Verantwortung fällt dann aber ausschließlich auf ihr Haupt zurück. Der Jorn ist der schlechteste Berater, das dürfte doch auch der Betriebsleitung der Burbacherhütte längst bekannt sein.

Soziale und gewerkschaftliche Mundschau.

Ultradikale in der Gewerkschafts-Bewegung.

In beweglichen Tönen berichtet die sozialdemokratische „Bergarbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer über einen lehrreichen „Gewerkschaftskongress“, der am 17. bis 19. April in Berlin stattgefunden hat. Es handelt sich um den Kongress der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ oder besser gesagt „Kafaliten“.

die zwar ebenso wie die „freien“ Gewerkschaften im durchaus sozialdemokratischem Fahrwasser schwimmen, aber immer mehr revolutionärer werden. Seit Jahrzehnten besteht zwischen beiden Gewerkschaftsgruppen ein heftiger Streit, der hauptsächlich darin seinen Grund hat, daß Ersterer von der Taktik der „freien“ Gewerkschaften, ihre Einrichtungen usw. nichts wissen will, weil diese zur Verjüngung, Krämmergeist, Feindschaft gegen den Sozialismus führen, dagegen sie den reinen „Kampfscharakter“ des Sozialismus hochhielten. Daraus ist auch erklärlich, daß die „Vokalisten“ von der radikalen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie“ gehäßt, da hingegen manche Führer der „freien“ Gewerkschaften häufig angegriffen wurden. Beweis dafür ist recht deutlich die Behandlung mancher Führer vor und nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß in der „Leipziger Volkszeitung“, ferner durch Rosa Luxemburg, Kautski usw.

Dem Radikalismus der „Vokalisten“ wurde, trotzdem sie nicht von Bedeutung sind, denn nach dem Geschäftsbericht zählten sie am 31. Dezember 1905 in 28 Organisationen nur 14 263 Mitglieder mit 216 546 Mark Kassenbestand, doch Rechnung getragen auf dem Jenaer Parteitag, indem der politische Massenstreik empfohlen wurde.

Trotz alledem sind die „Vokalisten“ mit der Taktik der Sozialdemokraten nicht einverstanden weil sie nach ihrer Meinung den revolutionären Boden verlassen habe.

In einem Artikel, den „Der freie Arbeiter“ am 14. April brachte, worin die Revision der Grundzüge der „Vokalisten“ auf dem Kongreß angekündigt wurde, spottete er über die Jenaer Tagung folgendermaßen:

„Unter dem Druck der Reaktion, die angesichts der Schlawheit und Machtlosigkeit der Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre immer lechter ihr Haupt erhob, schienen auf diesem Parteitag eine Flut von Radikalismus den „Revisionismus“ ersäufen zu wollen. Der noch kurz zuvor auf dem Kölner Kongreß der Zentralverbände lechter als zuvor sein Haupt erhoben hatte. Bebel wurde Trumpf. Der „politische Massenstreik“ wurde urplötzlich akzeptiert. Und bald darauf zogen Stodthagen und die rote Rosa in die Redaktion des Zentralorgans ein. Es gibt Leute, die so töricht sind, zu glauben, daß mit all diesen Neußerlichkeiten die Taktik der Partei tatsächlich eine andere würde. Sie verkonnten, daß die Grundlage der Partei der Parlamentarismus ist, und vergessen, daß der Parlamentarismus als ersten Grundsatze aller Taktik die Rücksichtnahme auf die große Masse festgelegt, auf die große Masse, die allezeit, wenn nicht reaktionär ist, doch so reaktionär wirkt, indem sie ihre Vertreter zwingt, von Kühnheiten abzusehen und den Durchschnittsbürger als Persönlichkeit möglichst wenig zu übertragen. Möglich, daß auch heute noch viele meinen: ein Parlamentarismus mit Bebel, Mehring, Stodthagen und Rosa Luxemburg an der Spitze sei eine Taktik revolutionären Kampfes. Doch glauben wir, daß alle halbwegs Einsichtigen, wenn nicht eher, so doch nach der famosen Wahlrechtsdemonstration am 21. Januar erkannt haben werden, daß die Sozialdemokratie eine politische Partei ist, deren Weg und Taktik von politischen, d. h. leissetretischen Erwägungen bestimmt ist und von radikalen Worten nicht im geringsten beeinflusst werden kann.

Besser konnte die Unwahrhaftigkeit der Sozialdemokraten nicht gegeistelt werden, als es hier von den eigenen Genossen geschah.

Auf dem Kongreß selbst wurde dem Unarchsozialismus das Wort geredet.

Die „Vergarbeiterzeitung“ schreibt, daß ein Redner der sozialdemokratischen Partei vorgelesen habe, sie sei nicht mehr revolutionär, deshalb müssen die Vokalisten erklären, sie stehe nicht mehr auf dem Boden der Partei. Andere Redner beantragten in das Programm aufzunehmen, Antiparlamentarismus, Antimilitarismus, Religionslosigkeit und Vaterlandslosigkeit.

In der Auseinandersetzung, was Aufgabe der Gewerkschaft und Aufgabe der Partei ist, kommt die „Vergarbeiterzeitung“ zu der denkwürdigen Behauptung: „Eine große politische Partei kann nicht lediglich die Interessen einer Erwerbs- oder Volksschicht vertreten, dafür ist unser Wirtschaftsleben zu kompliziert.“ Dieses Eingeständnis ist sehr wertvoll.

Damit gibt die „Vergarbeiterzeitung“ zu, daß es Humbug ist, wenn stets von der Sozialdemokratie den Arbeitern vorgegaukelt wird, sie sei eine reine Arbeiterpartei. In ihrem Verger über die Vokalisten hat somit die „Vergarbeiterzeitung“ selbst die Unwahrhaftigkeit der sozialdemokratischen Lehre zugegeben.

Am Schlusse ihres Artikels, nachdem sie die Schädlichkeit des Vorgehens der „Vokalisten“ gehührend hervorgehoben, beidwert sich die „Vergarbeiterzeitung“ über die Behandlung der „Vokalisten“ im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften. Die Parteipresse, die über die Kölner Tagung hergefallen sei, sage zu dem Kongreß der gehäßelten Vokalisten nichts, trotzdem auf dieser Tagung nicht nur heftig gegen die Partei zu Felde gezogen worden sei, sondern man habe sogar eine Gegenpartei zu gründen empfohlen.

Die Entwicklung dieser Dinge zeigt, wohin es führt, wenn sich eine Gewerkschaft mit Haut und Haar einer politischen Partei verschreibt, die wie die Sozialdemokratie das Parteiinteresse über das Arbeiterinteresse stellt.

Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaft sind eins.

Die in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen Unbotmäßigkeiten von Gewerkschaftsführern gegen den „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Parteileitung überhaupt haben dem durch die Austreibung der „edlen Sechse“ so bekannt gewordenen „Vorwärts“-Redakteur Ströbel Veranlassung gegeben, den Gewerkschaften einmal den Standpunkt klar zu machen. In einem Vortrag, den er im Gewerkschaftshaus in Berlin über das Thema „Partei und Gewerkschaft“ hielt, führte er aus, die Gewerkschaftsführer sollten doch nicht vergessen, daß auch die sogenannten „neutralen“ Organisationen nur im Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie ihren Zweck erfüllen könnten. Eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften sei, die jungen militärisch-pflichtigen Leute so „aufzuklären“, daß sie nicht auf Vater und Mutter schießen, wenn es von ihnen verlangt werde. Die Gewerkschaften wären die Kerntruppe der Sozialdemokratie und müßten es bleiben. Noch deutlicher wurde in der Diskussion der Leiter des Brauereiverbandes, Hottopp. Er erklärte, wenn die Gewerkschaften sich als „freie“ bezeichneten, so sei das nur ein Akt der Klugheit nach außen hin, in Wirklichkeit seien sie sozialdemokratisch und sorgten schon dafür, daß jeder Verbandskollege Genosse und Leser des „Vorwärts“ werde; die Redakteure der Gewerkschaftsorgane der Buchdrucker und der Graveure würden schon von ihren Mitgliedern an weiteren Angriffen auf die Parteipresse gehindert werden. Mit lebhaftem Beifall wurde schließlich der Vorschlag eines weiteren Diskussionsredners begrüßt, eine scharfe Kontrolle der Gewerkschaftsführer und Redakteure einzuführen und ihre Organe unmöglich zu machen.

Recht so, je mehr die Maske fällt, desto eher wird die gedankenlos nachlaufende Arbeiterschaft einsehen, daß die „freien“ Gewerkschaften keine „bleibende Stätte“ für sie sind.

Zweierlei Maß.

Die Bestrafung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter an Gerichten, wenn sie sich in Zeiten von Lohnkämpfen, Streiks u. etwas haben zu schulden kommen lassen, ist bereits fast sprichwörtlich geworden. Harte und schwere Urteile sind ergangen, wenn es sich namentlich um Verstöße gegen Arbeitswillige gehandelt haben soll.

Anderes dagegen liegen anscheinend die Dinge, wenn nicht Arbeiter in Frage kommen. So hat kürzlich das sächsische Oberlandesgericht wie die „Soziale Praxis“ mitteilt, über Arbeitswillige im Metzgerberuf folgendes Urteil gefällt:

„Erfahrungsgemäß werden bei Lohnkämpfen auch die berechtigtesten Bestrebungen durch den Zuzug fremder Arbeitskräfte leicht gefährdet und zum Scheitern gebracht. Wer daher die Besserstellung der arbeitenden Berufe jeden Standes — anstrebt, wird darauf bedacht sein müssen, solchen Zuzug von dem Gebiete des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten und zu verhindern, daß der Bedarf an Arbeitskräften von auswärts gedeckt wird. Deshalb muß der klagende Verband, der sich die Förderung der wirtschaftlichen Lage seiner Angehörigen zur Aufgabe macht —, auch Vorjorge

dahin treffen, daß die wirtschaftlich Bedrängtesten, insbesondere die mehr oder minder arbeitslosen Berufsgenossen, im Ernstfalle nicht allzu leicht ins feindliche Lager übergehen und ihre Dienste dem anbieten, der im Lohnkampfe den Vereinsmitgliedern als Gegner gegenübersteht. Gerade die wirtschaftlich Schwächsten sind naturgemäß der Verbesserung ihrer Lage sich abfinden zu lassen und nach Erreichung dieses oder eines anderen Vorteils die gemeinsame Sache zu verlassen und das von den übrigen Berufsgenossen und anfänglich auch von ihnen selbst angestrebte Ziel aufzugeben.

Diese treffende Beurteilung wurde gefällt — man merke wohl — über Arbeitswilligen im Metzgerberuf. Aber der Arbeiterstand?

Darüber gibt folgende Stellungnahme des Kammergerichts über Streikposten stehen wieder Aufschluß.

Bei Gelegenheit des Kohlenstreiks 1905 in Dortmund hatte ein Maurer am Bahnhof ein Streikposten bezogen.

Ein Polizeibeamter forderte den Maurer auf, sich aus jener Gegend zu entfernen. Derselbe ging darauf weiter, kehrte aber kurze Zeit später nach seinem früheren Standort zurück. Der gleiche Vorgang wiederholte sich, nachdem der Beamte seine Aufforderung wiederholt hatte. Diese ist nach den Befehlen des Polizeibeamten ergangen, weil er mit der Möglichkeit einer Störung des Verkehrs auf der Straße bei der auf der Eisenbahn erfolgenden Ankunft Arbeitswilliger rechnete.

Auf Grund der Uebertretung der Polizeiverordnung der Regierungspräsidenten von Arnberg vom 8. Febr. 1900 erhielt der Maurer ein Strafbefehl gegen den er Einspruch erhob. In der Berufungsurteilung sprach das Landgericht in Dortmund ihn frei. Das Landgericht meinte, daß nur darin die Wegweisung des Angeklagten berechtigt gewesen sei, wenn objektiv das Streikpostenstehen die Sicherheit auf der Straße gefährdet habe. Daß das hier aber zutreffend habe, lasse sich nicht annehmen. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat der Strafsenat des Kammergerichts am 7. Mai 1906 das Vorurteil aufgehoben. Er bezeichnete die Auffassung des Landgerichts als unzutreffend. Der Senat sprach aus, daß jene Polizeiverordnung gerade den Organen der Polizei das Recht geben wolle, einer Störung des Verkehrs vorzubeugen, wenn sie nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen im Einzelfalle eine Störung als möglich voraussetzten. Das genüge, um die Aufforderung der Aufsichtsbeamten als gerechtfertigt anzuerkennen. So habe der Angeklagte sich strafbar gemacht.

Der so in Strafe genommene Arbeiter hat doch im letzten Grunde auch nichts weiteres tun wollen, als Arbeitswillige abzuhalten. Sind nun vor dem Gesetze alle gleich?

Terrorismus und kein Ende.

Dieses ständige Kapitel ist wiederum um einen traurigen Falle vermehrt worden.

Bei der Firma Reich-Goldmann u. Comp. in Offenbach a. M. war ein christlich organisierter Holzarbeiter in Arbeit getreten.

Dieser, Drechsler Emil Milbenberger, hatte es gewagt, in einer roten Domäne Arbeit anzunehmen, ohne vorher die roten „Vollbeglückter“ (um Erlaubnis zu fragen. (Bei der oben genannten Firma sind nämlich nur „Genossen“ beschäftigt). Nach der alt „berühmten“ Methode sollte der Kollege, nachdem man erfahren, daß es ein Christlicher war, hinausgeekelt werden. Werfen mit Gegenständen, Schimpfen Höhnen usw. halfen nichts. Da mußte ein anderes Mittel angewendet werden. So fand der Kollege am Mittwoch Abend beim Ankleiden seinen Hut verdorben. Der Haß der Genossen war nämlich an dem Tage vor der Maifeier noch ganz besonders dadurch erregt worden, daß der christl. Kollege sich erlaubt hatte, den Betriebsmeister zu fragen, ob am 1. Mai der Betrieb stehe, oder ob er arbeiten könne. Das war den roten „Freiheitshelden“ zu viel. Wie kann sich auch nur ein „simpler“ christl. Arbeiter erlauben, am „heiligen“ 1. Mai an arbeiten zu denken. Deshalb durfte kein Mittel gescheut werden, zumal jetzt noch eine Hauptgröße wegen „hervorragender“ Leistungen gekündigt wurde. Genosse Heinze, der „edle“ fühlte sich dazu berufen, dem Christlichen Mores beizubringen, und versuchte dieses auch am Freitag Mittag demselben handgreiflich klar zu machen. Doch damit noch nicht genug. Die Genossen erklärten dem Arbeitgeber, wenn er den Christlichen

nicht entlasse, während sie kündigt. Auf Antragen durch den Arbeitersekretär Thelen-Offenbach wurde diesem vom Betriebsführer gesagt: „Er könne nicht anders, als den einen christl. Arbeiter entlassen, wenn er nicht seinen Betrieb stillsetzen wolle. So haben denn diese Vertreter der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit von ihren „durchschlagenden“ und erfolglicheren „Geisteswaffen“ wieder einmal einen „glänzenden“ Beweis erbracht.

Die näheren Beweise für die „Unschärfe“ der „freien“ Ideen zu erbringen, soll einigen Gewissen noch Gelegenheit gegeben werden, vor Gericht.

Ueber die Heimarbeitfrage

Wißt Staatssekretär v. Posadowsky in der amtlichen „Berliner Korrespondenz“ folgendes veröffentlicht haben:

„Der Staatssekretär des Innern wendet bei der baldigen Regelung der Heimarbeitfrage dauernd seine Aufmerksamkeit zu. Bereits im Frühjahr 1905 waren zur Vorbereitung für die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden durch die Referenten des Reichsamts des Innern in einigen für die Hausindustrie besonders bemerkenswerten Bezirken in den Provinzen Rheinland, Westfalen und Sachsen, im bayerischen Regierungsbezirk Oberfranken, im Königreich Sachsen und im Herzogtum Sachsen-Meiningen Erhebungen veranstaltet worden. In Verfolg der Berliner Heimarbeitausstellung hat Graf Posadowsky neuerdings Veranlassung genommen, nach Vereinbarung mit den beteiligten Bundesregierungen für weitere Gruppen der Hausindustrie örtliche Untersuchungen durch seine Referenten stattfinden zu lassen. Die diesjährigen Erhebungen werden sich vorzugsweise auf hausindustrielle Betriebe in Mittel- und Süddeutschland erstrecken, und zwar namentlich auf solche Erwerbszweige, die sich in besonders gedrückter wirtschaftlicher Lage befinden. Bei diesen Erhebungen sollen — wie auch im Vorjahr — mit den Hausgewerbetreibenden und deren Auftraggebern, mit den beteiligten Verwaltungsbehörden und Gewerbeaufsichtsbeamten, mit Geistlichen, Ärzten, Lehrern und anderen geeigneten Auskunftspersonen Erörterungen über die Geschäfts- und Lohnhalthältnisse der Hausindustriellen stattfinden. Außerdem wird auch den Wohnungsverhältnissen und der Beschaffenheit der Arbeitsräume der Hausgewerbetreibenden besondere Beachtung geschenkt werden.“

Langsam hat's gedauert, ehe dem Stund der Heimarbeit gesteuert werden soll. Hoffentlich wird jetzt bald und gründliche Arbeit gemacht.

Die badische Fabrikinspektion im Jahre 1905.

Nach dem Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905 stand das abgelaufene Jahr im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwunges auf allen Gebieten der gewerblichen Produktion. In manchen Branchen herrschte sogar eine geradezu fieberhafte Tätigkeit. Der Beschäftigungsgrad war für die Arbeiter sehr gut, auch die Löhne sind gestiegen. Zeugnis davon legen ab die in überaus großer Anzahl in den verschiedensten Gewerben abgeschlossenen Tarifverträge. Von den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Fabriken usw. wurden 40,3 gegenüber 36,5 Proz. im Vorjahre revidiert, in ihnen befanden sich 69,5 bzw. 63,9 Proz. sämtlicher Arbeiter (138 402 bzw. 130 275). In Hausbetrieben fanden 950 Besichtigungen statt. Die Stelle eines weiteren Gewerbeaufsichtsbeamten soll durch eine ärztlich vorgebildete Person besetzt werden. Zu den bestehenden Spezialreferenten wird noch eines für besondere hygienische Fragen treten und von dem ärztlich vorgebildeten Fabrikinspektor übernommen werden. Die Hygiene in Fabrik und Werkstatt spielt in der gesamten Revisionstätigkeit eine große Rolle. Entfernung und Verhütung von Schadstoffen wird immer der Arbeit des örtlich zuständigen Beamten vorbehalten bleiben; wo es sich jedoch um Gefahren handelt, deren Natur erst durch Beobachtung der ihnen ausgeposteten Personen festgestellt werden kann, ist der Arzt einzurufen. Der zehnstündige Primararbeitstag für Arbeiterinnen wird vielfach umgangen durch Ausgabe von Hausarbeit an die Werkstattarbeiterinnen. Die Beamten halten diese für durchaus unstatthaft, wenn auch die Nachprüfung diese Praxis nicht unter Strafe gestellt ist. Von besonderem Interesse dürften die eingehenden Betrachtungen über die Arbeitsbedingungen in hiesigen Verkaufsstellen, vornehmlich Warenhäusern sein, die im vergangenen Jahre zum ersten Male angefaßt worden sind. Das Streben nach ei-

ner Verkürzung der Arbeitszeit erfasst nach dem Richterstatter in erfreulicher Weise immer weitere Kreise. Jede Regelung derselben, die darauf hinausgeht, den Arbeitsprozess zugleich intensiver und kürzer zu gestalten, müsse als wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt begrüßt werden. Dagegen nahm die Sonntagsarbeit zu; als Grund wird angegeben, daß die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittel mit der Erhöhung der Löhne nicht Schritt hielt, eine Vergrößerung des Einkommens wünschenswert machte. Das Interesse der Arbeiter für den Inhalt der ihnen vorgelegten Arbeitsordnungen läßt noch immer zu wünschen übrig. Der Verkehr mit der Arbeiterschaft war „durchweg ein ungetrübter. Bei der Beurteilung mannigfacher und schwerwiegender Fragen gab sich ein gesundes Urteil, Billigkeit, Ernst und sittliche Reife bei den Arbeitern oft in überraschender Weise kund. Ueber alles Lob erhaben war die Ruhe, Sachlichkeit und Sachkenntnis eines Arbeiterausschusses, der in einem großen Ausstade zu Mannheim, bei welchem die Fabrikinspektion vermittelte, die Arbeiterschaft in sehr schwierigen und klipperreichen Verhandlungen vertrat.“ Auch das Verhältnis zu den Arbeitgebern war im allgemeinen befriedigend. Die Fabrikinspektion fand zumeist verständiges und bereitwilliges Entgegenkommen.

Gewerkschaftliche

Leistung der Hirsch-Dunkerianer.

Die früher im Kössenwesen verknöcherten Hirsch-Dunkerianer haben in den letzten Jahren mehr oder minder sich bestrebt, auch endlich nach 30jährigem Bestehen die eigentliche gewerkschaftlichen Aufgaben einer Organisation näher in Angriff zu nehmen. Hier und dort in Arbeitskämpfe verwickelt, mußten sie mitleiden, wodurch sie häufig vor aller Welt ihre Proben gewerkschaftlicher Tätigkeit ablegen konnten, die aber auch meistens so ausfielen, wie sie auf Grund der wohlklingigen Grundfäße nicht anders sein konnten. Die Arbeitskämpfe der letzten Jahre haben hinlänglich hierfür den Beweis erbracht. Welcher „gewerkschaftliche“ Geist heute noch unter Hirsch-Dunkerianern herrscht, davon gibt die Leistung eines Hirsch-Dunkerianer, der nebenbei auch Beisitzer am Gewerbegericht ist, Zeugnis.

Auf Sonntag, den 22. April war von diesem „Arbeitervertreter“ eine Versammlung in dem Kasino der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Bruchhausen am Rhein einberufen. Die Einladungen waren überall auf den Arbeitsstätten des großen Wertes in den verschiedenen Abteilungen ausgehängt. Ueberall prangte der Name des Einberufers Fritz Sundermann darunter. Aber selbst die unorganisierten Arbeiter von Bruchhausen dachten weiter als der Hirsch-Dunkerianer Arbeitervertreter. Sie blieben der Versammlung fern. Von Tausenden Arbeitern, welche die Gewerkschaft Deutscher Kaiser beschäftigt, waren ganze 48 erschienen.

Interessant ist es nun, die Motive kennen zu lernen, welche den Hirsch-Dunkerianer bewegten, die Versammlung abzuhalten. Es mußte ein neuer Arbeiterverein gegründet werden, damit die Arbeiter, welche auf dem Thiesenschen Werke arbeiten, mehr Vergnügen haben, so sagte Herr Sundermann.

Wer laßt da. Wir sind die letzten, welche den Arbeitern ein Vergnügen mißgönnen, aber heißt es nicht, die damit auf die Spitze treiben, solchen Unsin zu predigen, wenn man weiß, daß ein großer Teil der Arbeiter in Bruchhausen jeden Sonntag 24-stündige Schicht hat, (Hochofenbetriebe) oder wie im Thomas- und Walzwerke die Nachtschicht Sonntags morgens bis 8 oder 8 1/2 Uhr arbeitet, die Tages- schicht aber Montags morgens 3 und 4 Uhr wieder zur Stelle sein muß. Für den Uneingeweihten ist es wichtig, zu wissen, daß die Nachtschichtarbeiter, welche Sonntags morgens die letzten sind, Montags morgens wieder anfangen müssen. Wann soll nun der Arbeiter Vergnügen haben?

Ist es nicht geradezu ein Hohn auf die gewerkschaftliche Bestrebungen, die auf Abschaffung der Sonntagsarbeit hinstreben, anstatt solche Tätigkeit zu leisten, der Veranstaltung von Vergnügen das Wort zu reden. Wie mögen die Vorgesetzten wohlreden über derartige Helfershelfer. Andererseits ist es aber gerade Bruchhausen, welches sowohl an Vergnügungen bietet, das manche Stadt dabei zurücktreten muß. Dem gesunden Sinne der Bruchhausener Arbeiterschaft ist es zuzuschreiben, daß die beabsichtigte Gründung der Hirsch-Dunkerianer ein totesgeborenes Kind ist. Ganz 12 Mann zeichneten sich in die her- umgereichte Liste. Wir wünschen ihm Glück zu seinen Leistungen.

Der „Regulator“, das Organ des Hirsch-Dunkerianer Gewerbevereins schrieb in Nr. 2 vom 12. Ja-

nuar unter Bruchhausen: „An ihren Früchten soll ihr sie erkennen.“ Nach der Natur gezeichnet, kann man hier ausrufen.

Herr Gieseler, der Beamte des Gewerbevereins in dieser Gegend zitiert so gern einen Satz, welcher lautet: „Ein jeder ist das Produkt seiner Erziehung.“ Trifft auch hier zu. Der Geist, welcher jahrzehntelang im Hirsch-Dunkerianer Gewerbeverein gewaltet die Grundfäße, nach denen die Mitglieder erzogen worden sind, haben es mit sich gebracht, daß von überzeugten Gewerkschaftlern kein Rede sein kann. Daher braucht man sich auch gar nicht zu wundern, das Streikbruch, Vergnügungssucht an der Tagesordnung steht. Leute, die es ernst meinen mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, kehren daher solchen Organisationen den Rücken und schließen sich dem christlichen Metallarbeiterverbände an.

Streiks und Lohnbewegungen

Ausperrung im Breslauer Revier.

Die Massenausperrung von Arbeitern in dem Breslauer Metallindustrie hat infolge ihrer großen Ausdehnung und ihrer leider recht traurigen Begleiterscheinungen eine Bedeutung erlangt, die weit über die Grenzen unserer Stadt hinausreicht. Die Vorgeschichte der Ausperrung sei nochmals kurz wiedergegeben:

Ende März traten die Farmer der hiesigen Gießereien mit Forderungen, wie 40 Pfennig Aufschlaglohn — 10stündige Arbeitszeit — Entschädigung für unverschuldete Fehlgang — sanitäre und technische Einrichtungen der verschiedensten Art. Für Gießereiarbeiter wurde ein Lohn von 35 Pfennig pro Stunde gefordert. Diese Forderungen wurden nach zweitägigem Kampfe von den Arbeitgebern bewilligt. — Bemerkte sei noch, daß nur 4 Betriebe — Pringsheim, Ernst Hoffmann, Albert Knauth und Heinzi — es auf einen zweitägigen Kampf ankommen ließen, während die anderen Betriebe, mit Ausnahme der Breslauer Maschinenbauanstalt, wo die Farmer eine abwartende Stellung einnehmen sollten, weil Direktor Neumann noch keine festen Zugeständnisse gemacht hatte, die Forderungen der Arbeiter ohne Kampf bewilligten. Auch die genannten vier Betriebe bewilligten ihren Arbeitern ihre Forderungen, nur Herr Direktor Neumann gefiel sich darin, die Sache zu verschleppen. Darum haben die Farmer und Gießereiarbeiter am 3. April die Arbeit niedergelagt. Am 6. April aber wurden schon in den Betrieben durch Anschlag bekannt gegeben, daß, falls die Arbeit in der Maschinenbauanstalt nicht bis zum 11. April mittags wieder aufgenommen wird, sämtliche Gießereien am 12. morgens geschlossen würden. Sollte diese Maßnahme ohne Erfolg bleiben, so würden am 19. April sämtliche organisierten Arbeiter ausgesperrt. Diese Ausperrung ist wirklich vollzogen worden.

Direktor Neumann aber spielt, wie im vorigen Jahre bei der Dreherbewegung, so auch jetzt wieder, den Oberscharfmacher. Am 19. April ist es leider zu dem bekannnten blutigen Zusammenstoß zwischen den Ausgesperrten und der Polizei gekommen. Das Vorgehen der Polizei war an diesem Tage ein so robiertes, daß man sich unwillkürlich nach Rußland verlegt glaubte. Bemerkte muß hierbei werden, daß nicht Arbeiter, sondern arbeitscheue Individuen die Szenen in die Wege geleitet haben, daß ausgesperrte Arbeiter, ja sogar unschuldige Personen mit hinein verwickelt wurden, ist leicht denkbar. Durch das rücksichtslose Vorgehen der Polizei wurde erst die Erbitterung unter den Massen hervorgerufen; besonders durch die Abhauung der Hand eines Arbeiters.

Die Verhandlungen, welche gepflogen wurden, sind durch das schneidige Benehmen des Direktor Neumann bisher gescheitert.

Am 3. Mai wurde in den Fabriken bekannt gegeben, daß Montag den 7. d. M., die Fabriken den Betrieb einstellen. Auch Unterstützung wird den Arbeitswilligen (verheirateten 13 Mark, ledige 9 Mark) zugesagt. Aber vielleicht geht es ihnen so wie in Sachsen, daß sie anstatt Unterstützung zur Antwort bekommen, dann treten sie dem Verband bei.

Auch hier spielte sich in der ersten Zeit der freie Metallarbeiterverband einseitig auf. Jetzt läßt er langsam nach.

Bald dürfte er ein neues Firmenschild aufhängen mit der Firma:

Meite u. Cop. Ing. Angst und Bange

Bewegung im Frankfurter Revier.

Wie fast überall, so verlief auch hier in Offenbach die vom freien Metallarbeiterverband mit so starken Trompetentönen ins Werk gesetzte Formerbewegung recht glücklich. Im Anfang derselben wurde den Formern und Gießereiarbeitern verkündet, wie nötig es ist, daß im Gießereibetrieb einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden und jetzt am Ende, als es galt unter allen Umständen Frieden zu schließen, da sprach derselbe Führer Bezirksleiter Ehrler vom sozialdem. Metallarbeiterverband den Satz aus: „Die Formner einer Firma sind nicht in der Lage, über die Leistungsfähigkeit der Formner einer anderen Firma zu urteilen“. Wenn man die Bewegung hier etwas näher betrachtet, dann begreift man allerdings diese Schwankung. Kurz vor Beginn der Bewegung hat man auch „der Not gehorchend nicht dem eigenen Triebe“ die christl. Organisation in Kenntnis gesetzt und obwohl wir uns mit den Forderungen solidarisch erklärten, den noch bei der Leitung der Bewegung vollständig ausgegliedert. Der freie Metallarbeiterverband erklärte durch seinen Bezirksleiter, daß sie allein die legale Vertretung der Arbeiterschaft seien und dementsprechend auch die Bewegung durchführen werden, mit oder ohne christliche Formner. In einer späteren öffentlichen Versammlung nachdem die Formner schon die Arbeit niedergelegt und nach Beschluß der Unternehmerorganisation einem großen Teil der Metallarbeiter hier am Orte die Kündigung erhalten hatte, die Aussperrung also angedroht, wurde von unserer Seite durch Bezirksleiter Scherer nochmals Stz und Stimme bei der Bewegung gefordert „aber wiederum stolz abgelehnt“. Tags vorher hatte man aber schon, jedenfalls der Not gehorchend, die beiden Hauptforderungen betreff Verkürzung der Arbeitszeit und Garantie eines Minimallohnes in 2 Staffeln so umgewandelt, daß dieselben einen Verzicht darauf (wie es auch später geschehen ist) stark ähnhlich sahen. Nach dieser Behandlung haben wir auch keine Verantwortung für das „Erreichte“ den Formnern gegenüber. Wie diese mit dem „Erreichten“ zufrieden sind, das zeigte so recht die Formnerversammlung, in welcher die Beendigung der Bewegung beschlossen werden sollte. Die Mehrheit der Formner und Gießereiarbeiter hatte eingesehen, daß sie bei dieser Bewegung nur das Werkzeug des sozialdem. Metallarbeiterverbandes waren, aber nichts brauchbares für sie dabei herauskommen werde. Die Stimmung war deshalb zum Frieden nicht ganz angetan. Darum wurde eine andere Taktik eingeschlagen, indem für jede Werkstätte ein besonderer Modus aufgestellt und teilweise mit unsanftem Druck von oben auch durchgeführt, so daß der Friede gesichert ist.

Wenn man jetzt das „Erreichte“ betrachtet, so müssen wir sagen, daß vor dem Niederlegen der Arbeit durch die Formner in manchen Werkstätten mehr erreicht war, als jetzt durch das Ausreten des sozialdem. Metallarbeiterverbandes. Hoffentlich ziehen die Formner die Lehre daraus (dies ist bereits wie wir wissen bei den Besonnenen geschehen) wem sie in Zukunft die Vertretung ihrer Interessen anvertrauen können. Für alle christl.-national gesinnten Arbeiter gilt daher erneut die Parole: hinein in den christl. Metallarbeiterverband.

Die Bewegung hat sonach ihr Ende erreicht, falls nicht durch den neuen Aussperrungsbeschluß wir hierorts wieder in Mitleidenchaft gezogen werden.

Bewegung in der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik.

Aus Neckarau wird berichtet, daß die Lage sich verwickelt hat. Die angebahnten Verhandlungen sind seitens der Direktion des Werkes ins Stocken geraten. Die Aussperrung hat sich auf weitere Filialen der Fabrik erstreckt, so daß jetzt dreitausend Personen im Ausstande stehen. Die Arbeiter sind zum größten Teil im freien und christlichen Hausbes- und Transportarbeiterverband organisiert. Insgesamt sind 6 Verbände beteiligt.

- Burbach (Saar).** Burbacher Hütte Differenzen wegen Maßregelung ausgebrochen.
- St. Louis.** Auf dem chemischen Werke Streik.
- Gmund-Gifel.** Eisenwerk Manuel Streik.
- Breslau.** Aussperrung sämtlicher Metallarbeiter.
- Heilbronn.** Heilbronner Fahrzeugfabrik Lohn- und Maßregelung.
- Dresd n.** Aussperrung.
- Misburg.** Streik der Eisengießerei Misburg-Anderten.
- Vinden-Sannover.** Hannoverische Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Es handelt sich um einen Anfangslohn der Formner von 10 Pfg., welcher verweigert wurde.

- Berlin.** Aussperrungen der Schlosser.
- Braunschweig.** Aussperrung sämtlicher Metallarbeiter.
- Offenbach.** Streik der Formner.
- Althardt.** Wegen Differenzen ist die Dampfmaschinenfabrik von D. Recke gesperrt.
- Neustadt i. Schwarzwald.** Schraubenfabrik Bög und Cie. Differenzen wegen Maßregelung. Bezug ist fernzuhalten!

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 20. Mai der einundzwanzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 20. bis 27. Mai 1906 fällig. Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bericht der Ortsverwaltung Essen.

Die Ortsverwaltung hielt am Sonntag, den 6. Mai morgens 1/2 11 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Quartals-Generalversammlung ab, wozu sich die Kollegen zahlreich eingefunden hatten. Den Quartalsbericht gab Kollege Hirtleser. Er konnte wiederum ein erfreuliches Anwachsen unserer Ortsgruppe konstatieren. Die

Mitgliederzahl

betrug am 1. April 3009, gegen 2335 am Schlusse des 4. Quartals 1905. Neu aufgenommen wurden im 1. Quartal 999, aus anderen Organisationen übergetreten sind 22, zugereist sind 19 Mitglieder. Ausgetreten, ausgeschlossen und abgereist sind 364 und gestorben 2 Mitglieder, so daß am Quartalschluß 3009 Mitglieder vorhanden waren. Die Einnahmen der Ortsverwaltung im 1. Quartal betrug 21 675,32 Mk., davon wurden an die Zentrale gesandt 11 708,95 Mk., für Streik und Maßregelung wurden ausgegeben 1 163,70 Mk. für Wanderunterstützung 8,00 Mk., an Sterbegeld 30 Mk., an Rechtschutz 30 Mk. und an sonstigen Unterstützungen 198 Mk. An Beitragsmarken wurden verkauft 27 573 Stück.

Der Bericht zeigt, daß auch die christlichen Metallarbeiter von Essen einsehen, wie notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist. Das Hauptkontingent unserer Mitglieder ist bei der Firma Krupp beschäftigt. Gerade den Krupp'schen Arbeitern ist durch die Bewegung im Berichtsquartal zur Evidenz bewiesen worden, daß das, was bisher stets als Entschuldigung angeführt wurde, nicht wahr ist, nämlich: die Krupp'schen Arbeiter würden sich nur für die anderen Arbeiter organisieren, bei Krupp könnte die Organisation doch nichts erringen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Gerade bei der Firma Krupp gibt man den Arbeitern genau nur das, was sie sich durch einmütiges, zielbewusstes Kämpfen erringen. Auch hier werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur dann besser, wenn wir entschieden und energisch dafür eintreten, während sie, wenn wir uns auf die Bärenhaut legen, niemals besser, sondern schlechter werden. Und daß bei der Firma Krupp noch vieles gebessert werden muß, dafür sprechen z. B. die Verhältnisse der Feuer- und Hülfsarbeiter ganze Bände.

Aber auch unter den Kollegen, die auf den anderen Fabriken und im Kleingewerbe in Essen beschäftigt sind, dringen wir immer weiter vor. Auch ihnen drängt sich der Gedanke der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr auf, auch sie lernen einsehen, daß den erbärmlichen Zuständen in manchen Berufen, nur durch einiges und geschlossenes Vorgehen ein Ende gemacht werden kann.

Wenn wir nun auch mit dem Wachstum unserer Ortsverwaltung im großen und ganzen zufrieden sein können, so darf dies aber sicher für uns kein Grund sein, auf diesen Lorbeeren auszuruhen, sondern — rastlos weiterarbeiten — heißt die Parole. Gewiß ist das Gebiet, das wir noch zu bearbeiten haben, ein unermeßlich großes, gewiß stehen uns noch Tausende von Metallarbeitern fern, von denen gewiß der größte Teil noch christlich gesinnt ist. Aber haben wir deswegen einen Grund zu verzagen? Mit Nichten. Vor nunmehr 6 Jahren, ebenfalls im wunderschönen Monat Mai, gründeten wir in Altendorf mit ein paar

Männelens die erste Ortsgruppe unseres Verbandes im Essener Bezirk und heute? — heute sind wir schon ca 3 1/2 Tausend Mitglieder. Ist dieser Erfolg ein Grund zum Verzagen? nein, wahrhaftig nicht. Dem Mutigen gehört die Welt und mit Mut und Entschlossenheit wollen wir weiter an der Lösung unserer Aufgabe arbeiten. Da müssen wir aber verlangen, daß jeder Kollege seine Pflicht und Schuldigkeit tut, daß jeder an seinem Posten mitarbeitet. Es müßte doch nicht mit richtigen Dingen zugehen, wenn die Entwicklung dann nicht noch eine bedeutend bessere wird. Unter 3 1/2 Tausend müssen doch mehr Agitatoren sein, als wie unter den paar Gründern. Also, Kollegen, tue jeder was in seinen Kräften steht. Mit den Beiträgen bezahlen ist es nicht genug, jeder muß dazu beitragen, diejenigen, die uns heute noch fern stehen, uns zuzuführen, desto eher werden sich auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgreifend verbessern lassen zum Segen von uns allen.

Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Aafflenbeul erstattet. Im Anschluß an den Bericht des Vorstandes wurde von verschiedenen Kollegen in der Diskussion darauf hingewiesen, wie notwendig es sei Lokalzuschläge einzuführen, damit wir auch mit unserer Lokalfasse den Kämpfen, die uns auch in Essen ganz gewiß nicht erspart bleiben, mit Ruhe entgegen sehen können. Es wurde verlangt, den Beitrag baldmöglichst auf 60 Pfg. zu erhöhen, das wäre gewiß nicht zu viel verlangt, besonders wenn in Betracht gezogen würde, daß die Kollegen des deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen jetzt jede Woche 80 Pfg. zahlen müßten. Außerdem jeder noch eine Mark oder aber die auch noch sozialdemokratisch-politisch organisierten sogar einen vollen Tageslohn extra für die zu gründende sozialdemokratische Tageszeitung. Unser Vorstand soll sich mit der Frage der Lokalzuschläge beschäftigen und wird derselbe demnächst an die Kollegen hiermit herantreten.

Es wurde sodann darauf aufmerksam gemacht, daß für unsere Ortsverwaltung die Erwerbslosenunterstützung schon mit dem 1. Juli in Kraft tritt, wenigstens für diejenigen Kollegen, die vor dem 1. Juli 1905 schon dem Verbandsgebiet beigetreten sind und für die andern dann wenn sie ein Jahr lang dem Verbandsgebiet angehören und 52 Wochenbeiträge a 50 Pfg. gezahlt haben. Die Kollegen werden ersucht, sich die Bestimmungen des Statuts genau anzusehen um sich vor Enttäuschungen zu bewahren. Sodann stand noch die Frage der Delegiertenwahl zur Generalversammlung unseres Verbandes, die anfangs Sept. in Aachen stattfinden soll zur Beratung. Die Wahl wird endgültig am Sonntag den 1. Juli im Bereich der Ortsverwaltung in den Sektionslokalen stattfinden. Die Zeit und die näheren Bestimmungen werden vom Vorstande noch fest gelegt und im Verbandsorgan bekannt gegeben werden. 10 Kollegen wurden als Kandidaten aufgestellt um eine allzu große Zerplitterung zu vermeiden. Die Kollegen werden schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, damit eine möglichst große Wahlbeteiligung herbeigeführt wird. Wählen kann nur derjenige, der sein Mitgliedsbuch vorzeigt und seine Beiträge pünktlich bezahlt hat. Der länger denn 8 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, wird von der Wahl ausgeschlossen.

Und nun Kollegen soll uns die schöne Entwicklung unserer Ortsverwaltung im ersten Quartal ein Ansporn sein rastlos weiter zu arbeiten, damit die weitere Entwicklung nicht schlechter, sondern immer besser wird. Ernten schwerer Zeiten gehen wir allem Anschein nach in der Metallindustrie entgegen. Kein Mensch weiß, was die Zukunft nach dieser Richtung hin in ihrem Schoße birgt. Sorgen wir dafür, daß wir gerüstet dastehen, damit wir nicht von den harten Tatsachen über-rumpelt werden. „Ein kluger Mann baut vor“ muß auch unsere Parole sein und darum frisch ans Werk!

Bochum. Vor der hiesigen Prüfungskommission unterzog sich in der vergangenen Woche der Kleinpuergeselle Otto Gunther mit sehr gutem Erfolge der Meisterprüfung. Kollege Gunther ist ein langjähriges Mitglied und Mitbegründer unserer Ortsgruppe. Mit in den ersten Reihen kämpfend hat er gewiß manchem gewerkschaftsfeindlichen Handwerksmeister den schlagenden Beweis erbracht, daß man als tüchtiger Gewerkschaftler auch seinen Mann in jeder Hinsicht stellt. An dem schönen Erfolge nimmt die ganze Ortsgruppe ein reges Interesse und wünscht ihrem Mitbegründer auch weiteren Erfolg.

Dinslaken. Auf Ersuchen der Arbeiter der Gewerkschaft Deutscher Kaiser hielt hier der christlich-sozialdem. Metallarbeiterverband mehrere Fabriksammlungen ab. Kollege Franz-Johann Kührer referierte in der ersten Versammlung über die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiter. Im Anschluß daran wurden die Verhältnisse in den einzelnen

Betrieb besprochen. Der Erfolg war der, daß sich gleich 20 Kollegen dem Verbands angeschlossen. In einer späteren Versammlung sprach Herr Redakteur G. Eder-Duisburg und Kollege Meyer. Auch in dieser Versammlung traten mehrere Kollegen bei, wobei die Zahlstelle in Duisburg gesichert ist.

Am 6. Mai fand die erste Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Tremblen statt. Zu derselben waren die Mitglieder zahlreich erschienen. Nachdem der Vorstand gewählt und die Mitgliedsbücher ausgegeben, hielt der Bezirksleiter eine Ansprache und forderte die Kollegen auf, unablässig weiter zu arbeiten für die Ausbreitung des Verbandes.

Wäge die neu gegründete Zahlstelle als junges Reis am Baume des christlichen Metallarbeiterverbandes wachsen und gedeihen. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am Sonntag den 20. Mai statt.

Katingen. Am zweiten Ostertage hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab. Referent war Kollege Winter. Zweck derselben war Stellungnahme zum ortsüblichen Tageslohn, der bis jetzt noch auf 2,60 Mark für Katingen steht.

Man hätte nun annehmen sollen, dieses Thema würde sehr anregend wirken, doch ließ der Besuch dieser Versammlung viel zu wünschen übrig, ein Beweis, der sozialen Rückständigkeit der hiesigen Arbeiterschaft. Selbst unsere Gegner, die sonst immer bei allen unseren Versammlungen auf dem Platze erschienen, sogar durch wüste Redensarten Störungen herbeiführten, zogen es diesmal vor, der Versammlung fernzubleiben, in einem Moment, wo eine höchwichtige Aktion einzusetzen sollte.

Kollege Winter legte die Notwendigkeit einer Erhöhung des ortsüblichen Tageslohnes klar, in bezug der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung. Obwohl ein sehr trockenes Thema, verstand er es doch meisterhaft, die Aufmerksamkeit der Zuhörer zu fesseln.

Einmütig wurde der Vorstand des christlichen Verbandes mit einer Eingabe an die Behörde beauftragt, in der eine Erhöhung des ortsüblichen Tageslohnes von 2,60 auf 3,50 Mk. gefordert wurde. Dieses ist nun geschehen, auch wurde die Behörde gebeten, zur schleunigsten Erledigung des Antrags eine Aussprache herbeizuführen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Vertretung der letzten wünschten wir in die Hände der hier am Platze bestehenden Arbeiterorganisation aller Richtung gelegt zu wissen. Die Behörde hat unserem Antrage Rechnung getragen; eine Sitzung zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterorganisationen fand statt am 1. Mai dieses Jahres.

Im Gegensatz zu der Handlungsweise der Gewerkschaften in Baden stimmten die Sozialisten hier gegen unseren Antrag. Letzterer fand jedoch bei den Herren Arbeitgebern lebhaften Widerspruch. Mit Argumenten, die ihnen im Falle einer Lohnbewegung höchst verhängnisvoll werden könnten, suchten sie die Extremität unseres Antrages zu beweisen. Wohl waren sie für eine kleine Erhöhung zu haben, aber unter keiner Bedingung wollten sie unserem Antrage zustimmen. Seht eine Bewegung ein, so rechnen die Unternehmer alle Ueberstunden und Akkord in den Durchschnittslohn ein, gilt es aber, in Aktion zu treten für Erhöhung des ortsüblichen Tageslohnes, so möchten sie am liebsten den Geringbezahlten noch weniger gegeben haben.

Folgende Sätze geben Zeugnis von den beiden Richtungen, die sich gegenüberstanden:

Der Behörde ist es zum Lobe auszusprechen, daß sie den Schritt getan hat, und die Organisationen als legitimierte Vertreter der Arbeiter im Prinzip anerkannt hat. Die Mitglieder anderer Richtungen sollten sich aber an der Handlungsweise des christlichen Metallarbeiterverbandes ein Beispiel nehmen und die christlichen Gewerkschaften als ebenbürtig stets anerkennen.

Adolfzell. Wie sehr es zum Schaden einer Zahlstelle ist, wenn die Kollegen unter sich nicht einig sind, mußten wir in unsere Zahlstelle erfahren. Durch persönliche Differenzen, die leider durch die Hartnäckigkeit einiger Kollegen nicht mehr beigelegt werden konnten, lehnten mehrere Mitglieder der Zahlstelle den Rücken. Darunter auch unser Vorsitzender, Kollege Sterner, ebenso hat Kollege Wihert das Amt als Schriftführer und Vertrauensmann niedergelegt.

Infolge dessen fand am 7. Mai eine außerordentliche Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand Neuwahl des gesamten Vorstandes. Gewählt wurden

als Vorsitzender Kollege Seifried, als Schriftführer Kollege Kemper, als Kassierer wurde Kollege Bui einstimmig wiedergewählt, als Beisitzer die Kollegen Locher und Feinler. Zum Schluß rufen wir allen Kollegen zu, alle persönlichen Streitigkeiten in den Zahlstellen fern zu halten, damit auch ein einheitliches Zusammenarbeiten möglich wird, jeder Kollege sollte den anderen in betreff Agitation zu übertreffen suchen, dann werden wir vorwärts kommen. Der Indifferentismus, die Gleichgültigkeit vieler unserer Kollegen muß bekämpft werden. Unser Ziel muß sein, alle Kollegen zusammenzuführen zur Vertretung unserer Interessen, zur Hebung unseres Standes. Darum fort mit aller persönlichen, kleinlichen Streitucht.

Schweinfurt. Infolge des Vergehens des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes haben wir auch hier eine Aussperrung gehabt. Die Verhängung der Sperre über die Firma Fichtel und Sachs war von dieser mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter am 4. Mai beantwortet worden. Der rote Gauleiter Schneider-Nürnberg und noch eine Größe aus Offenbach eilten herbei und sind vor der Firma elend zu Kreuz gekrochen. Der rote Verband hat die Sperre wieder aufgehoben und von der Firma wurde dann die Aussperrung zurückgenommen. Am 3. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In geradezu unlaublicher Weise hat man bei dieser Bewegung die Arbeiter für den „freien“ Verband zu kapern gesucht. Das kam in einer am 4. Mai stattgefundenen, zahlreich besuchten christlichen Gewerkschafts-Versammlung zum Ausdruck. Wie die „freien“ Mitglieder von ihren Führern „geführt“ worden, allerdings an der Nahe, geht daraus hervor, daß ein sozialdemokratischer Redner in der christl. Versammlung freizug und seit behauptete, die Sperre sei gar nicht aufgehoben, es sei unmöglich, daß dies die sozialdemokratischen Führer getan und sich soweit gedemütigt hätten. So werden die Massen betrogen. Die christliche Versammlung nahm einen stürmischen, aber erfolgreichen Verlauf für die in Schweinfurt noch jungen, christl. Verbände. Ein mehrstündiger heftiger Redekampf brachte den sozialdem. Rednern eine vollständige Niederlage. Mit stürmischem Beifall wurden die Ausführungen der anwesenden Herren Geistlichen, des kath. Stadtpfarrers Weidemann sowohl wie des evang. Pfarrers Dr. Preger entgegengenommen, die mit aller Energie für die christl. Gewerkschaften eintraten. Besonders großen Eindruck machten die Worte des Herrn Dr. Preger, als er den sozialdem. Vorwurf, die christlichen Gewerkschaften seien Zentrumsvereine, mit Nachdruck zurückwies und die evangelischen Arbeiter zum Massenbeitritt in die christl. Organisationen aufforderte. Der imposante Verlauf dieser Versammlung hat den Beweis erbracht, daß Schweinfurt noch lange nicht vollständig der Sozialdemokratie verfallen ist, sondern daß noch ein guter erfolgversprechender Boden für unsere christliche Bewegung da ist. Viele Neuaufnahmen, zahlreiche Uebertritte vom „freien“ zum christl. Metallarbeiterverband war das praktische Resultat der Versammlung. Was aber weit mehr wert ist, das ist der Mut und die Begeisterung, die jetzt in der christlichen Arbeiterschaft Schweinfurts im Hinblick auf die Zukunft vorhanden sind. Das konstatierte der Referent, Kollege Bergmann in seinem Schlußwort und forderte die christlichen Arbeiter zur energischen Weiterarbeit auf.

Gr.-Dittersleben. In unserer letzten Versammlung erstattete Kollege Faupel zunächst den Quartalsbericht, dabei hervorhebend, daß wir auch in diesem Vierteljahr trotz aller Schwierigkeiten vorwärts gekommen sind, so daß wir die Zahl 70 erreicht haben. Er schloß mit einem Appell an die Mitglieder zur weiteren eifrigen Mitarbeit. Hierauf erstattete Kollege Keinhardt den Kassenbericht. Ihm wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Hierauf gab Kollege Faupel eine kurze Uebersicht über die gegenwärtige Lage in der Metallindustrie. Die großen Aussperrungen stehen noch immer an der Tagesordnung und die vereinigten Unternehmerverbände hätten obendrein eine Generalaussperrung beschlossen. Er forderte die Kollegen auf zu treuem Festhalten und weiterer Mitarbeit, denn es sei dringend nötig den geschlossenen Unternehmerverbänden ebenso fest geschlossene Arbeiterverbände gegenüberzustellen, da hierin die beste Bürgschaft für einen für uns ehrenvollen Friedens gegeben sei. Nachdem noch in Punkt Verschiedenes einige An gelegenheiten besprochen, schloß Kollege Fiedler die Versammlung.

Bekanntmachung.

Die Verwaltungsstelle Hannover erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 15 Pfg. pro Woche und Mitglied. Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge. Der Zentralvorstand.

Aus dem Verbands ausgeschlossen

wird auf Antrag der Ortsgruppe Lübeck das Mitglied Breithaupt Buch-Nr. 3688 wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Briefkasten.

In unserem letzten Artikel: „Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sind eins und sollen eins bleiben.“ ist ein Druckfehler unterlaufen. Es muß in der 22. Zeile heißen: Genosse Brinmann, nicht Bergrols vom Zimmererverband usw.

Versammlungs-Kalender.

- Alsb. g.** Donnerstag, den 24. Mai (Christi Himmelfahrt) nachm. 4 Uhr bei Wirt Kröpf.
- Hamburg.** Donnerstag 24. Mai vormittag 10 Uhr in den Luisenparken Versammlung. Referent Koll, Großmann.
- Burisch.** Samstag, 20. Mai, vorm. 11 Uhr bei Hubert Zingen, Dannewstraße 7.
- Bochum.** Sonntag, den 27. Mai, morgens 11 Uhr bei Gurrert, Allee Nr. außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
- Baden-Ladcu.** Jeden 2. und 4. Samstag im Monat Versammlung.
- Seibrid.** Sonntag, 20. Mai, vorm. 11 Uhr bei Mosbach.
- Dortm. b. Köln.** Sonntag, 20. Mai, vorm. 11 Uhr bei Lage, Durisch. Samstag, 26. Mai, abends 7/9 Uhr im Bahnhofs-Hotel (1. Stock).
- Essen-Ortsverwaltung.** Donnerstag, den 24. Mai (Christi Himmelfahrt) morgens 1/2 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, allgemeines Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung.
- Duislaken** Sonntag, den 20. Mai, morgens 11 1/2 Uhr bei Tremblen.
- Essen-Kleingewerbe.** Samstag, den 19. Mai, abends 7/9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Versammlung mit Vortrag.
- Essen-Mittelscheid.** Sonntag, den 20. Mai, morgens 11 Uhr bei Büch, Seerothstr.
- Essen-Altenessen.** Sonntag, den 20. Mai morgens 11 Uhr bei Esser.
- Essen-Mittelscheid.** Sonntag, den 20. Mai, morgens 11 Uhr bei Döllten.
- Essen-Steelle.** Sonntag, den 20. Mai, morgens 11 Uhr bei Sonntag, Chauisestr.
- Essen-Ortsverwaltung.** Montag, den 21. Mai, abends 6 1/2 Uhr bei Berthoff, allgemeine Mitglieder-Versammlung.
- Gebweiler (Els.)** Sonntag, 27. Mai, vorm. 11 Uhr bei Wöhrl, „Zur Stadt Wülhausen“.
- Kalk.** Sonntag, 20. Mai, vorm. 11 Uhr, große öffentliche Versammlung bei Schorob. Alle erscheinen.
- Uppstadt.** Sonntag, den 28. Mai, abends 8 1/4 Uhr bei Molitor, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Refer. Kollege Winter.
- Merheim.** Sonntag, 20. Mai, vorm. 11 Uhr bei Schumacher.
- Münster i. W.** Sonntag, den 20. Mai, mittags 12 Uhr bei Bialke, Regidistr.
- Magdeburg.** Jeden 2. und 4. Sonntabend im Monat, abends 8 Uhr Unterrichtskursus im Josefs-Haus.
- München.** Sonntag, den 20. Mai, vorm. 10 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung im „goldenen Anker“ Schillerstr. 30 Referent: Bergmann. — Reiseunterstützung zahlt aus Kassierer Westermeyer wohnt ab 1. Juni Fleischerstr. 6 I. am Süd-Bahnhof.
- Neumarkt.** Sonntag, 20. Mai, vorm. 10 Uhr Versammlung. Referent Kollege Murray-Nürnberg.
- Papenburg.** Sonntag, 20. Mai, nachm. 2 Uhr bei Hülsmann.
- Paderborn.** Dienstag, 22. Mai, nachm. 8 1/2 Uhr bei Mues, H. Dompilat.
- Siertrade.** Sonntag, den 20. Mai, nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Schwab. Gmünd.** Sonntag, den 27. Mai, morgens 1/2 11 Uhr im Lokal „zur Traube“, Versammlung.

Unserem Kollegen **Fritz Aue** und seiner lieben Braut **Anna Ludberg** zur Vermählung die herzl. Glück- und Segenswünsche Die Kollegen der Ortsgruppe Alsb. g.

Nachruf. Am 3. Mai verschied unser Kollege und Mitbegründer unserer Ortsgruppe **Wilhelm Mackenrodt** Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren. Die Kollegen der Ortsgruppe Fulda.

Kalk. 10% Rabatt bei jedem Einkauf erhalten die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes — bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Herren- und Damenkonfektion, Manufakturwaren. Größtes Kaufhaus. **Edmund Esser** Hauptstrasse 91, 93, 95, 97.